

**Die Zerschlagung der Lehrgewerkschaft in Chile unter der
Militärregierung (1973-1989) und ihr Zusammenhang mit
dem Bruch des historischen Kompromisses im
Erziehungsbereich**

**Deutsche Zusammenfassung der
Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der
Philosophie im
Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-
Universität zu
Frankfurt am Main**

**vorgelegt von Omar Antonio Cofré
1998**

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung zur deutschen Kurzfassung	4
Einleitung: Ziel der Untersuchung. Der gegenwärtige Diskussionsstand und seine Mängel. Angaben zum verfügbaren Dokumentationsmaterial	5
Teil I	15
1 Der Begriff Historischer Kompromiß im Rahmen der Verfassung von 1925 und die gesellschaftlichen Akteure	16
1.1 Die Gewerkschaftsorganisationen der Erzieher im Bildungswesen: Die Asociación General de Profesores (AGP).	16
1.2 Die Bedeutung Antonio Gramscis für Lateinamerika	18
1.3 Die Ansichten der Lehrerverbände bezüglich des Historischen Kompromisses	20
1.4 Das Fehlen eines Erziehungskonsenses während der Unidad Popular (UP)	21
Teil II	23
2 Die Militärregierung und die verschiedenen Brüche des Historischen Kompromisses auf dem Gebiet der Erziehung, der Gewerkschaften und der zivilgesellschaftlichen Institutionen	23
2.1 Überlegungen zum Historischen Kompromiß, der Kontinuität und den Brüchen in der chilenischen Gesellschaft	23
2.2 Der Bruch des Historischen Kompromisses im Erziehungswesen	24
2.3 Einengung der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit und Verbands korporativismus	26
2.4 Der Verbands korporativismus als Ersatz für den Sindicato Unico de Trabajadores de la Educación (SUTE)	27
2.5 Das Anstellungsstatut der Erzieher (Estatuto de la Carrera Docente)	29

2.6	Das Universitätswesen im Zusammenhang der Politik des Bruchs	30
2.7	Die Verfassung von 1980	31
2.8	Die Kommunalisierung (municipalización) der Erziehung und das Ende des Erziehungsstaates	32
2.9	Die Presse und die Veränderung im Erziehungswesen	33
Teil III		35
3	Der Streit um den Bruch des Historischen Kompromisses im Erziehungswesen und dessen Einschätzung durch die betroffenen Akteure	35
3.1	Das Colegio de Profesores (Lehrerverband)	35
3.2	Gonzalo Vial und Enrique Froemmel, frühere Erziehungsminister des Militärregimes	36
3.3	Die katholische Kirche	37
3.4	Die Radikale Partei	37
3.5	Das Interdisziplinäre Projekt der Erziehungswissenschaften (PIIE)	38
Teil IV		39
4	Wahlen im Colegio de Profesores (Lehrerverband): Sieg der Opposition und soziale Mobilisierung	39
4.1	Allgemeine Vorgeschichte	39
4.2	Die besondere Lage	40
4.3	Die Wende bei den Verbandswahlen	41
Teil V		43
Schlußfolgerungen		43
Abkürzungsverzeichnis		46
Bibliographie		47

Vorbemerkung zur deutschen Kurzfassung

Da die wörtliche Übersetzung von Organisationsnamen usw. mißverständliche sein kann, habe ich die spanischen Namen belassen und an einigen Stellen durch Klammerbemerkungen ergänzt, also:

Colegio de Profesores (Lehrerverband)

Die chilenischen "gremios" und deren Politik, der "gremialismo" haben keine genaue deutsche Entsprechung. Ich habe die Übersetzung "Verband" und "Verbandspolitik" gewählt. Leserinnen und Leser mögen bitte dem Zusammenhang entnehmen, daß die gremios in schärferem Gegensatz zu den chilenischen Gewerkschaften standen als die deutschen Lehrerverbände zur Gewerkschaft.

Das spanische *ideología* hat einen allgemeineren Sinn als das deutsche Wort *Ideologie*. Statt es mit unterschiedlichen Begriffen wie *Denkweise* zu übersetzen, habe ich, auf das Verständnis der deutschen Leserinnen und Leser hoffend, das analoge *Ideologie* gewählt.

Des leichteren Verständnisses wegen habe ich *municipalización* mit Kommunalisierung übersetzt

Einleitung

Diese Arbeit hat das Ziel, eine Antwort auf die Frage zu finden, warum das chilenische Militärregime (1973-1990) mit dem Historische Kompromiß brach, der 50 Jahre lang in der chilenischen Gesellschaft gegolten hatte, und warum dieses Regime mittels einer Reihe von Reformen das gesamte nationale Erziehungssystem von Grund auf umbaute. Ich verwende den Begriff "Historischer Kompromiß" hier, wie weiter unten zu erklären ist, als chilenische Entsprechung einer Politik, die selbst grundlegende gesellschaftliche Veränderungen dialogorientiert umsetzen will.

Zur Interpretation von Konsens und Bruch in der neueren chilenischen Geschichte und im chilenischen Erziehungswesen greife ich auf die Terminologie des italienischen Theoretikers Antonio Gramsci zurück. Mit geht es dabei nicht um eine vergleichende Theorie zwischen Gramscis Ansatz und den gesellschaftlichen Veränderungen in Lateinamerika, sondern ich beziehe mich auf die Art, wie Gramsci in Lateinamerika rezipiert wurde. Wie zu zeigen sein wird, gibt es historische Berührungspunkte zwischen Gramsci und dem Thema dieser Arbeit. Zum gegenwärtigen Diskussionsstand ist zu sagen, daß Gramscis Theorie von den Sozial- und Geisteswissenschaften fast aller südamerikanischen Länder stark rezipiert und auf die eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse angewandt worden ist, im Falle des chilenischen Erziehungswesen aber bisher nicht nur terminologisch, sondern auch als analytische Kategorie vernachlässigt wurde. Der Gebrauch von Gramscis Konsensbegriff ist angebracht, da die gesellschaftliche Situation Italiens und Chiles in den zwanziger Jahren - ein in seiner historischen Stellung bedrohtes Bürgertum, eine selbstbewußte und politisch aktive Mittelklasse und eine kleine, aber kämpferische Arbeiterbewegung - vergleichbar ist. Stärker als diese Analogie und eine wenn auch schwache biographische Berührung zwischen Gramsci und dem peruanischen Theoretiker, J. C. Mariátegui, wiegt die signifikante strukturelle Übereinstimmung zwischen Gramscis Konzenkonzept und den politischen Prozeß in Chile, der zur Verfassung von 1925 geführt und von da ab eine fast fünfzigjährige Stabilität hervorgebracht hat.

Der Historische Kompromiß, der mit der Verfassung von 1925 geschlossen worden und von den seitherigen Regierungen anerkannt worden war, hatte den verschiedenen Schichten

Vorteile auf Gebieten wie dem Gesundheitswesen, dem Erziehungswesen, dem Wohnungsbau und den Bürgerrechte gebracht. Bis zum Militärputsch von 1973 war nicht die Konfrontation, sondern das Verhandeln die vorherrschende Einstellung der gesellschaftlichen Akteure. Gewaltsame Lösungen waren die Ausnahme. Jahrzehntlang verwaltete die auf Ausgleich bedachte chilenische Mittelklasse den Staat und kontrollierte das Erziehungswesen und die Interessenvertretungen des Erziehungswesens.¹

Mit dem Wahlsieg des sozialistischen Präsidenten Allende im Jahre 1970 kam es zu einer Polarisierung, die diesen Konsens abbröckeln ließ. Als General Augusto Pinochet Ugarte 1973 an die Macht kam, zerbrach der Konsens vollends. Die - wie es Pinochet nannte - Regierung des Nationalen Wiederaufbaus konnte sich allerdings auf große Teile der chilenischen politischen Klasse und der Mittelklasse stützen, die in Opposition zur sozialistischen Regierung Salvador Allendes (Unidad Popular, im Folgenden: UP) gestanden hatten. Statt aber diese ihre gesellschaftliche Basis zu bevorzugen, erließ das Militärregime vor allem im Erziehungswesen eine Reihe von Maßnahmen, die den Einfluß der Mittelklasse auf diesem Gebiet schwächten. Der Berufsverband der Lehrer, der in einer Gesellschaft wie der chilenischen die Ideologie und die Interessen der Mittelklasse vertrat, wurde von den Maßnahmen der Militärregime stärker als andere betroffen. Auf diesem Aspekt soll ein Schwerpunkt der folgenden Untersuchung liegen.

Meine Ausgangsthese ist, daß das Militärregime als Ergebnis seiner Wirtschaftspolitik, die an einer Verringerung der Staatsausgaben orientiert war, die öffentliche Erziehung an private Träger und die Gemeinden übergab und damit das Erziehungswesen den Erfordernissen ihrer Wirtschaftspolitik opferte. Dies fiel dem Militärregime um so leichter, als die Angestellten im Erziehungswesen schon wegen ihrer großen Zahl eine wirtschaftliche Belastung für den Staat darstellten und wegen ihrer demokratischen Orientierung als verlässliche Bundesgenossen des autoritären Projektes der Militärregierung nicht in Frage kamen. Ihre Interessenverbände wurden geschwächt und ihr beruflicher Status wurde durch eine Reihe von Verwaltungsmaßnahmen verschlechtert. Die Lehrerinnen und Lehrer waren unzufrieden mit diesen Verschlechterungen und wurden in den achtziger Jahren zu einer

¹ Ramón I. Núñez, *Las organizaciones del magisterio chileno y el Estado de compromiso 1936-73*, Santiago, 1982; Arturo Valenzuela: *El quiebre de la democracia en Chile*, Stgo, 1989; R.Atria, *Estado y política en Chile*, Santiago, 1991

Oppositionsbewegung, die zur Wahlniederlage des Militärregimes und seinem schließlichen Rücktritt beitrug.

Die siebziger Jahre in Chile sind von einer sich zuspitzenden gesellschaftlichen Krise gekennzeichnet, während der eine Reihe von Überbauinstitutionen und politische Parteien ihre kommunikative Kompetenz verloren und die chilenische Gesellschaft sich in Gruppen politischer Parteigänger auflöste, die mit der vom Historischen Kompromiß beeinflussten konsensorientierten Tradition wenig gemein hatten.

Als 1970 die chilenische politische Linke an die Regierung kam, schlossen sich die Rechtsparteien und ein Teil der Zentrumsparteien zusammen, um den eingeleiteten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen einen Riegel vorzuschieben. Der Maximalismus eines Teiles der Linksparteien trug zu dem nun einsetzenden Polarisierungsprozeß bei, und als dann das Militär putschte, unterdrückte es die Linke in einer Weise, die es bis dahin in Chile nicht gegeben hatte. Welcher Art dieser Bruch war, will die vorliegende Arbeit am Beispiel des Erziehungswesens erläutern.

Meine Arbeit will zeigen, auf wie unterschiedliche Weise die jeweiligen gesellschaftlichen Akteure auf den Bruch mit der konsensorientierten Tradition reagiert haben. In einer Reihe von Tonbandinterviews (im Folgenden als „Interview“ gekennzeichnet), die ich mit Vertretern des chilenischen Erziehungswesens (sowohl mit Anhängern der Militärregierung als auch der Opposition) geführt habe, habe ich diese Thematik in den Vordergrund gestellt. Weiterhin habe ich die bisher zum Thema erschienenen Arbeiten und umfangreiches, z.T. schwer auffindbares Archivmaterial (u.a. in den Archiven des Colegio de Abogados de Chile, des Colegio de Profesores und des Museo Pedagógico de Santiago) unter dieser Fragestellung untersucht. In der vorliegenden Zusammenfassung kommen diese Archivrecherchen und die von mir erhobenen Interviews notwendigerweise zu kurz.

Für das Militärregime stellte das Erziehungswesen „keinen Wert dar“ und wurde von der Bevölkerung „nicht für wichtig gehalten“, so der ehemalige Erziehungsminister Enrique

Froemmel.² Unausgesprochen schwingt bei dieser Einschätzung mit, daß die Änderungen im Erziehungswesen notwendig waren, da dieses in Unordnung gewesen war.

Bekannte Vertreter der Gewerkschaften des Erziehungswesens (z.B. O.Verdugo, J.Valladares, P.Schulak) stimmen darin überein, daß das Militärregime nicht nur eine aktuelle „Unordnung“ beseitigte, sondern mit einer Tradition brach, die mit der Unabhängigkeit Chiles Anfang des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte und sich zur Problemlösung vor allem des Dialogs zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Akteuren im Erziehungswesen bediente.

Die katholische Kirche geht davon aus, daß das Militärregime eine willkürliche und die Meinungen der Lehrerinnen und Lehrer außer acht lassende Politik betrieb und daß durch diese Politik der wohlhabende Teil der Bevölkerung sehr gute Schulen und Universitäten zur Verfügung hatte, während das Erziehungssystem für die Ärmern von niedriger Qualität war.³

Iván Nuñez, seit den sechziger Jahren chilenischer Erziehungspolitiker und zugleich der profilierteste Theoretiker zum Thema dieser Arbeit, war Staatssekretär (Superintendente) im Erziehungsministerium unter Allende. Seine Deutung des chilenischen Erziehungswesens seit den sechziger Jahren scheint mir aber widersprüchlich zu sein. Unter den Präsidenten Alessandri und E. Frei M. kritisierte er als Oppositionspolitiker das herrschende Erziehungssystem als autoritär, hierarchisch, zu passiv und den gesellschaftlichen Notwendigkeiten des Landes nicht angemessen. Auch Nuñez hat sich mit der Problematik von Konsens und Bruch auseinandergesetzt, allerdings in einer Weise, die ich in meiner Arbeit kritisiere. Unter Allende setzte er sich für die Escuela Nacional Unificada (Nationale Einheitsschule, im Folgenden: ENU) und die Schaffung eines „neuen Menschen“ in einer sozialistischen Gesellschaft ein. Nach dem Militärputsch von 1973 verteidigte er wiederum das Erziehungssystem, das er als Oppositionspolitiker kritisiert hatte, als demokratisch.⁴

Theoretiker und Gewerkschafter, die zur Unidad Popular gehört hatten, teilen nicht nur die Meinung, daß das Militärregime mit der Dialogtradition gebrochen hat, sie weisen auch darauf

² Froemmel, Enrique, Interview, 1992

³ Comité Permanente del Episcopado chileno, Carta Pastoral: Reforma Educacional, Mensaje Nr. 300, Julio, 1981

⁴ s. Ramón I. Núñez, Roberto Casanga, Informe sobre la Escuela Nacional Unificada, Ministerio de Educación, Santiago, 1972; Iván Núñez: Las organizaciones del magisterio chileno y el Estado de Compromiso 1936-73, Santiago, 1983

hin, daß die demokratische Kultur der Erzieher Schaden erlitten hat. Erziehungsreformen ohne Befragung der Betroffenen, das Verbot des Sindicato Unico de Trabajadores de la Educación (SUTE) und die zwangsweise Einsetzung des korporativistischen Colegio de Profesores (eines

Lehrerverbandes) an seiner Stelle haben, so diese Position, in der chilenischen Geschichte nichts ihresgleichen.⁵

Das erwähnte Colegio de Profesores geht davon aus, daß der Erziehungssektor von politischen Gruppen manipuliert gewesen sei, die in den Schulen, den Universitäten und im Erziehungsministerium ihren Einfluß geltend gemacht haben sollen, statt auf Professionalität zu achten. SUTE sei während der UP keine Gewerkschaft, sondern ein politisches Kampfinstrument gewesen.

In ihrer Mehrheit verurteilen die meisten dieser Positionen die durch das Militärregime eingeleiteten Veränderungen. Mehrheitlich stimmen sie auch darin überein, daß der Historische Kompromiß im chilenischen Erziehungswesen dadurch unterlaufen worden sei, daß die organisierte Lehrerschaft nicht konsultiert wurde, bevor die Maßnahmen der Militärregierung durchgeführt wurden. Mit unterschiedlichen Begründungen stimmen fast alle der oben genannten Positionen darin überein, daß die Pinochetregierung mit einer etwa fünfzigjährigen Tradition gebrochen habe. Einige Wissenschaftler kommen darüber hinaus zu dem Ergebnis, daß das Militärregime nicht wirklich eine Politik im Erziehungswesen verfolgte, sondern auf diesem Gebiet auf Wirtschaftsexperten hörte, die die Staatsausgaben senken wollten.

Die vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen zum Thema dieser Arbeit betreffen Teilbereiche und nehmen nicht aufeinander Bezug. Der Wert einiger dieser Untersuchungen besteht darin, daß sie die vom Militärregime auferlegten Reformen untersuchen; allerdings muß kritisch eingewandt werden, daß diese Arbeiten sich überwiegend in technischen Einzelheiten verlieren und den politisch-ökonomischen und ideologischen Hintergrund vernachlässigen. Andere Untersuchungen wiederum verfallen ins umgekehrte Extrem.

Im Kontext dieser Arbeit verstehe ich unter "Historischer Kompromiß" das Zusammengehen verschiedener durch Gremien und politische Parteien vertretener gesellschaftlicher Schichten, die nach der Weltwirtschaftskrise der zwanziger Jahre einen Pakt der Regierbarkeit schlossen, der es erlaubte, den vom Rückgang des Salpeterexportes betroffenen Wirtschaftsprozeß Chiles zu reaktivieren und dem politischen System - und innerhalb dessen auch dem nationalen Erziehungssystem - neue Impulse zu verleihen. Die gesellschaftlichen Akteure dieser Zeit stärkten die demokratischen Institutionen und hielten das Ausmaß gesellschaftlicher Gewalt niedrig, und mehr noch, sie einigten sich auf eine neue Entwicklungsstrategie, zu der die aufgeklärte, aber in sich gesplante Bürgertum des 19. Jahrhunderts nicht in der Lage gewesen war.

Soweit mir bekannt ist, wurde der Begriff "Historischer Kompromiß" bisher in keiner wissenschaftlichen Arbeit über die jüngere chilenische Geschichte gebraucht. Wie zu zeigen sein wird, wurden an Gramsci orientierte Konzepte einer dialog- und konsensorientierten Politik gelegentlich in der politischen Diskussion um das chilenische Militärregime benutzt. Ich diskutiere diese Konzepte in dieser Arbeit in einem historisch umfassenderen Sinn und wende sie, was bisher nur andeutungsweise und terminologisch undeutlich geschah, auf das Beispiel des Erziehungswesens an.

Ein Beispiel für das, was ich im chilenischen Zusammenhang Historischen Kompromiß und konsensorientierte Politik nenne, ist die chilenische Verfassung von 1925. In diesem Jahr trat durch demokratischen Mehrheitsentscheid eine neue Verfassung in Kraft, die es keinem der gesellschaftlichen Akteure erlaubte, den anderen seinen Willen aufzuzwingen. Der Konsens sollte an die Stelle der Konfrontation treten. Nach I. Nuñez spielten die Lehrer eine wesentliche Rolle bei der Suche nach diesem neuen Konsens. Eine wichtige Funktion übernahm hierbei die Asociación General de Profesores de Chile (AGP), die zu dieser Zeit die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Lehrer war und die Interessen der Mittelklasse einbrachte, die gegenüber dem traditionellen agro-industriellen Bürgertum an Stärke gewann. Ziel der AGP war die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrer, die Ausdehnung des Erziehungswesen vor allem im Bereich der Grundschulen und die Demokratisierung des

⁵ Livia Videla, ehemalige Generalsekretärin der Sindicato Unico de Ttrabajadores de la Educación, SUTE, Interview, 1991

Landes. Die in der AGP organisierten Lehrer wurden zu den Hauptprotagonisten der neuen Verfassung und nahmen an allen Phasen ihrer Entstehung teil.⁶

Das im gleichen Jahrzehnt von Gramsci in Europa entwickelte politische Konzept wurde von den damaligen Führern der Arbeiterparteien für spitzfindig und liquidatorisch gehalten, da es der Klassenkampfrhetorik der Dritten Internationalen nicht entsprach.⁷ Viele von Gramscis Postulaten entsprechen aber, so meine These, strukturell der chilenischen Verfassung von 1925. Die herrschenden Schichten sahen sich gezwungen, der aufsteigenden Mittelschicht politische Spielräume zu gewähren, die als Trägerin des Staatsapparats in gesellschaftlichen Konflikten vermittelte und dafür eine gesellschaftliche Basis, nämlich die Arbeiter, brauchte. Die Arbeiterbewegung ihrerseits war bereit, sich an diesem Historischen Kompromiß zu beteiligen. In diesem Sinne war die Verfassung von 1925 weit mehr als nur Ausdruck einer Allianz gesellschaftlicher und politischer Gruppen. Auch ist Gramscis Begriff des historischen Blockes auf die den chilenischen Staat tragenden und repräsentierenden gesellschaftlichen Subjekte anwendbar, der aus der Verfassung von 1925 hervorging. Den maximalistischen Gruppen der Linken galt dieser Staat als mit dem Kapital „kollaborierend“, die Rechte nannte ihn interventionistisch und der Privatinitiative entgegenstehend. Trotz dieser Opposition siegte der Konsens. Diese Arbeit will zeigen, wie die Lehrer in diesem Konsensprozeß als gesellschaftliches Subjekt handelten.

Die Lehrerorganisationen, die an die Stelle der von der Regierung Ibañez aufgelösten AGP getreten waren, hielten an der Tradition des politischen Dialogs fest, obwohl die ökonomischen Probleme der Lehrerinnen und Lehrer ungelöst blieben. Zu Beginn der siebziger Jahre vereinigen sich die im Erziehungswesen Beschäftigten in einer nationalen Organisation, dem SUTE. Viele Vertreter des SUTE gehörten zur neuen Regierungskoalition der UP, und die Organisation setzte sich für die Erziehungsreform ENU ein. Es wird zu zeigen sein, daß dieses Projekt mit der traditionellen konsensorientierten Politik nicht vereinbar war und daß Präsident Allende es deshalb fallen ließ.⁸

Der Militärputsch von 1973 brach mit dem kompromissorientierten Staat. Die Maßnahmen,

⁶ s. Ramón I. Núñez, *El magisterio chileno, sus primeras organizaciones gremiales*, Santiago, 1982

⁷ s. Rosana Rosanda: *La revolución de Occidente*, El País, Madrid, 24.01.1991.

die die Militärs im Erziehungswesen ergriffen, brachen, wie hier gezeigt werden soll, mit dem Historischen Kompromiß. Kaum an die Macht gelangt, verboten die Militärs die Lehrgewerkschaft SUTE.⁹ Mitglieder der SUTE wurden verfolgt und aus dem Dienst entlassen.¹⁰

Das von Anhängern der Militärregierung geführte Colegio de Profesores sollte nun die mehr als 100.000 Lehrenden vertreten. Zwischen 1973 und 1985 konnte von einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung nicht die Rede sein. Die Regierung wollte den Lebensstandard der Lehrer verbessern, aber ihre technokratisch ausgerichteten Wirtschaftsberater waren nicht bereit und in der Lage, die hierfür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Beschäftigten des Erziehungswesens gehörten zu den ersten Opfern der Politik der "Anpassung", die im wesentlichen eine neoliberale Anpassung Chiles an die Weltmarktbedingungen war.¹¹

Lehrerorganisationen wie die Asociación General de Educadores de Chile (AGECH), die mehrere Jahre härtester Repression verängstigt und organisatorisch stark reduziert überstanden hatten, erhielten Mitte der achtziger Jahre mit andere Kollegen, die im Colegio de Profesores aktiv waren, neuen Aufschwung und es gelang in freien organisationsinternen Wahlen, einen ersten Schritt zur autonomen Interessenvertretung zu tun. Dieser Kampf um Demokratisierung einer der wichtigsten Interessenvertretungen des Landes war, so die These dieser Arbeit, ein entscheidender Anstoß zur dann einsetzenden gesellschaftlichen Mobilisierung, die die Militärs zwang, nach siebzehnjähriger Herrschaft abzutreten.

Zu den Maßnahmen, mit denen die Militärs den Historischen Kompromiß brachen, gehörten:

- das erwähnte Verbot des SUTE. Mitglieder dieser Organisation wurden entlassen, verhaftet und ins Exil gezwungen.¹² Andere Lehrer gingen im Exil oder mußten mehrere Jahre im Gefängnis verbringen. Unzählige Lehrer haben ihre Arbeitsstelle sofort verloren.
- die Militärregierung erließ ein Dekret, das "Angestelltenstatut der Erzieher", das die

⁸ S. Allende Brief an Kardinal Raúl Silva Henríquez, in: Mónica Echeverría, *Antihistoria de un luchador*, Santiago, 1993

⁹ Die Gesetzesverordnung 1.284, Okt. 1974, setzte das bereits erwähnte Colegio de Profesores an seine Stelle, gesetzvertretend Verordnung 678, Okt.1974

¹⁰ Gesetzesverordnung 6, 12.10.1973

¹¹ Julio Valladares, Interview, 1991

¹² Im Rahmen der Repression kann ich mehrere Vertreter der Gewerkschaft erwähnen die umgebracht worden sind, u.a. Leonello Vincenti, Professor von der Universität Copiapo, Jorge Peña, Musiklehrer in La Serena, Juan Gianelli Mitglied des Vorstand der SUTE aus Santiago, Carlos Ibarra, Mitglied des Studentenverband der pädagogischen Hochschule in Chile.

Besoldung, die Arbeitsbedingungen und den Status der Lehrer regelte. Die Lehrer wurden hierzu nicht befragt und ihr Status verschlechterte sich durch das Dekret. Eine in dem Dekret vorgesehene Lohnerhöhung entsprach nicht der gleichzeitigen Ausdehnung der Stundenzahl pro Lehrerin und Lehrer, bisher bestehende Weiterbildungsmöglichkeiten wurden beschnitten und die Lehrerinnen und Lehrer waren von der Willkür der vom Erziehungsministerium eingesetzten Schulleiter abhängig.¹³

- Auch die Universitäten mußten Einbußen hinnehmen. Die Immatrikulationen der Universidad de Chile verringerten sich um 50% und die Studiengänge auf 12.¹⁴ Die pädagogischen Hochschulen durften keine akademischen Abschlüsse mehr vergeben.

1980 stellten die Militärs unter dem Druck steigender Mobilisierung der Bevölkerung einen Verfassungsentwurf zur Abstimmung, der einen kontrollierten und sich über lange Phasen erstreckenden Übergang von der Diktatur zur Demokratie vorsah und den Militärs eine Machtreserve einräumte. Es gab keine unabhängige Presse, tausende Vertreter der Linken waren ermordet oder ins Exil getrieben worden, aber auch unter diesen erschwerten Bedingungen nahm in einem Plebiszit die Mehrzahl der Wähler die neue Verfassung an.

Die organisierten Lehrer waren nicht nur an der Mobilisierung beteiligt, die die Militärregierung zu dem Zugeständnis der Verfassung von 1980 zwang, sie standen auch während der nach 1980 einsetzenden Protestbewegung an exponierter Stelle. Die Militärregierung bestand zwar auf der Anerkennung des Colegio de Profesores, mußten aber zugleich mit der erstarkten AGECH verhandeln. Die Militärregierung sah sich durch die AGECH in solchem Maße bedroht, daß sie 1985 deren Generalsekretär Manuel Guerrero ermorden ließ.

Diese Arbeit nimmt sich vor, die Rolle der Lehrer und ihrer Interessenvertretungen in den historischen Zusammenhang dialogorientierter Politik einzuordnen.

Das bibliographische Material mit dem ich gearbeitet habe, stammt in erster Linie aus vier Quellen: den Instituten PIIIE, CIDE, CPU sowie der Biblioteca Pedagógica del Ministerio de

¹³ A. Traverso: Conclusiones generales de evaluación y programación de la IV Conferencia de AGECH, Talagante, Februar, 1986

Educación (Pädagogische Bibliothek des Erziehungsministeriums).

Insbesondere dienen mir Studien von Iván Núñez, zu nennen sind hier verschiedene Arbeiten über die Gewerkschaftsbewegungen der chilenischen Lehrer. Desweiteren habe ich mich auf eine in zwei Bänden erschienene Evaluation des selben Autors über die Militärregierung von 1973-83 bezogen. Sie entstand in Kooperation mit zwölf Mitarbeitern des PIIE.

Wichtig für meine Arbeit ist darüberhinaus das Werk von Pedro Castro über das Erziehungssystem unter den Regierungen Frei, Allende und Pinochet. Es ist eines der ersten zu diesem Thema in Chile und im Ausland veröffentlichten.

Außerdem habe ich mich auf eine historiographische Studie von Matías Tagle und Raúl Atria bezogen. Die Autoren haben sich im Rahmen zahlreicher Veröffentlichungen, vor allem in der Fachzeitschrift CPU, konsequent mit der Entstehungsgeschichte der Verfassung von 1925 beschäftigt. Entsprechend meiner These entstand in dieser Periode der Historische Kompromiß.

¹⁴ Andrés Sanfuentes, in: *Financiamiento de la educación superior*, Santiago, 1990, S. 139

Teil I

1 Der Begriff Historischer Kompromiß im Rahmen der Verfassung von 1925 und die gesellschaftlichen Akteure

Die chilenische Verfassung von 1925 ist das Ergebnis eines Interessenausgleichs zwischen den drei wichtigsten gesellschaftlichen Sektoren des Landes: dem agrar-industriellen Bürgertum, der Mittelklasse und der organisierten Arbeiterschaft. Bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts kontrollierte das oligarchische Agrarbürgertum zusammen mit einer Gruppierung, die wir das bergbau-industrielle Bürgertum nennen können, fast ohne Gegengewicht die Regierung. Das Agrarbürgertum war am strenggläubigen spanischen Katholizismus ausgerichtet, während das Industriebürgertum dem Liberalismus, dem Agnostizismus und dem Freimaurertum anhing.

Seit Beginn des Jahrhunderts trat die aus öffentlichen Angestellten, Intellektuellen, Lehrern, Handwerkern, Selbständigen und Kleinhändlern bestehende Mittelklasse in der staatlichen Verwaltung und als Protagonist eines nationalen Erziehungssystems in Erscheinung. Die Arbeiterbewegung bestand aus Bergleuten, Industriearbeitern und Angestellten im Dienstleistungssektor. Sie war vom spanischen Anarchosyndikalismus, den marxistischen Parteien und einer frühen christlich-sozialen Bewegung geprägt. Einer ihrer Vertreter, Clotario Blest, gehörte 1953 zu den Gründern der Einheitsgewerkschaft Central Unica de Trabajadores (CUT).

Die Interessen dieser Gruppierungen gingen in die Verfassung von 1925 ein. Von diesem breiten Konsens getragen, gab die Verfassung dem Land eine Stabilität, die ein halbes Jahrhundert anhielt. Sie unterstellte die Streitkräfte der politischen Macht. Der Präsident der Republik war Oberster Befehlshaber. Beide Regelungen wurden erst durch die Verfassung von 1980 geändert. Die Verfassung von 1925 sah weiterhin vor:

- der Staat sollte die sozio-ökonomische Entwicklung des Landes fördern
- jeder Staatsbürger hatte ein Recht auf Erziehung. Der Staat sollte dieses Recht garantieren,
- alle Menschen waren vor dem Gesetz gleich,
- niemand sollte wegen seiner religiösen oder politischen Überzeugungen verfolgt werden,
- die Vereinsfreiheit sollte garantiert und Kirche und Staat sollen getrennt sein,

- und das Privateigentum, die freie Wahl des Arbeitsplatzes und die unternehmerische Freiheit sollten garantiert sein.

Die Verfassung von 1925 ging also von einer Gesellschaftsvorstellung aus, in der unterschiedliche Wirtschaftsinteressen und politische und religiöse Überzeugungen konsensual vermittelt sind.¹⁵

1.1 Die Gewerkschaftsorganisationen der Erzieher im Bildungswesen: Die Asociación General de Profesores (AGP, dt.: allgemeine Lehrervereinigung)

Ende des 19. Jahrhunderts entstanden die ersten mutualistisch-kooperativen Gewerkschaftsorganisationen der chilenischen Lehrer. Sie versuchten, Konfrontationen mit den Behörden aus dem Weg zu gehen. Die 1923 gegründete AGP hingegen stellte gewerkschaftliche Forderungen auf, lehnte aber parteipolitische Bindungen ab. Wegen ihrer schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen - die Gehälter blieben manchmal monatelang aus - suchten die organisierten Lehrer Bündnisse mit anderen politischen Gruppen, die es ihnen erlaubt hätten, die Öffentlichkeit, den Präsidenten und das Parlament auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Die AGP hatte folgende Ziele:

- angemessene und regelmäßig ausgezahlte Gehälter
- eine Reform der Angestelltenrentenkasse
- Einstellung der im Angestelltenstatut vorgesehenen Zwangsmaßnahmen
- Einhaltung des Gesetzes über den obligatorischen Grundschulunterricht.¹⁶

Der Rückgang des Weltmarktpreises für Salpeter verschlechterte die wirtschaftliche Lage der Minenarbeiter in den Salpetergebieten des Nordens Chiles und auch die Lage der zur Mittelschicht gehörenden Lehrer, die unter den sinkenden Staatseinnahmen zu leiden hatten. In dieser historischen Situation schlossen die Mittelschicht und die Industriearbeiter des Nordens ein partielles gesellschaftliches Bündnis, aus dem führende Politiker des Landes hervorgingen, die auch Regierungsämter bekleideten. Teile der Mittelklasse traten aus ihrer Rolle des subalternen Beamten heraus und bildeten eine politische Identität aus, die es erlaubt, sie als "organische Intellektuelle" im Sinne Gramscis zu bezeichnen. Sie beeinflussten das Erziehungswesen und die Presse und traten über kulturelle und ideologische Einrichtungen

¹⁵ J.Guerra, La constitución de Chile de 1925, Santiago, 1929

¹⁶ Ramón I. Núñez, El profesorado en Chile y sus primeras organizaciones sindicales, 1900-36, Santiago, 1982

wie die Freimaurerlogen mit dem liberalen Bürgertum in Verbindung.¹⁷ Die aus dem Liberalismus des späten 19. Jahrhunderts hervorgegangene Radikale Partei versuchte, zur führenden Kraft der Mittelklasse zu werden. Diese Partei hatte sich die Modernisierung des Landes ohne Ausschluß irgendeiner sozialen Gruppierung vorgenommen. Das Gesetz für die obligatorische Grundschule und die Durchsetzung des „Erzieherstaates“ (Estado Docente, ein Staat, der im umfassenden Sinn für das Erziehungswesen zuständig ist und für den dieses Priorität hat) gehen auf die Radikale Partei zurück. Die organisierte Arbeiterbewegung erhielt durch die neue Verfassung politische Entfaltungsmöglichkeiten. In dieser Zeit entstanden Parteien mit sozialistische Ideen, die auch im Parlament vertreten waren.¹⁸

Für die Mittelschicht war das auf Dialog und die Vermeidung von Brüchen abzielende Verfassungsprojekt etwas wie eine politische Heimat. Ihr kam die historische Rolle zu, unterschiedliche Interessen zu harmonisieren. Die Mittelschicht fand ihren eigenen kulturellen Ausdruck, der auch zum Bezugspunkt anderer Teile der Bevölkerung wurde. Die AGP wurde in dieser Zeit zu einer breit angelegten Organisation, die in allen Erziehungseinrichtungen des Landes vertreten war. Auch Mitglieder der mutualistischen Organisationen traten ihr bei. Der peruanische Theoretiker José Carlos Mariátegui, der ebenfalls in den zwanziger Jahren politisch wirkte, hielt die AGP für die bedeutendste Bewegung Lateinamerikas, und die Dichterin und spätere chilenische Literaturnobelpreisträgerin Gabriela Mistral nannte sie "die einzige Gruppierung, in der ich in Chile Leben verspürte".¹⁹

Entstehung und Wachstum der AGP sind vor allem als Folge der damaligen Situation Chiles zu verstehen. Der Staat war bis zur Erschöpfung geschwächt und es gab dauernde Konfrontationen. Infolge der Wirtschaftskrise war der Staat bankrott.²⁰ Die Streitkräfte waren unzufrieden, weil ihre Etatmittel begrenzt waren. Die Minenarbeiter im Norden streikten und Tausende von ihnen gingen nach Santiago und andere große Städte. „Die Epidemie, der Hunger, die Straßen, wo sie lebten, war die Realität der Bergarbeiter aus dem Norden in der Hauptstadt Santiago“.²¹ Die AGP bot in dieser Lage eine Dialogstrategie an, und sie übernahm

¹⁷ In diesem Jahrhundert waren sechs chilenische Präsidenten Mitglied der Freimaurerloge: Arturo Alessandri; Carlos Ibáñez, Pedro Aguirre C, Juan Antonio Ríos, Gabriel González V. y Salvador Allende; s. F. Pinto, *La masoneria en Chile y su influencia*, Santiago, 1966

¹⁸ Im Jahr 1922 ist die Kommunistische Partei gegründet worden und im Jahr 1933 die Sozialistische Partei

¹⁹ Gabriela Mistral, in: J.C.Mariátegui, *Temas de Educación*, Lima, o.J., S. 70

²⁰ Mariana Aylwin, Carlos Bascañan, *Chile en el siglo XX*, Santiago, o.J., S. 135-138

²¹ Mariana Aylwin a.a.O., S. 135-138

in dem dann einsetzenden Dialog die Vermittlerrolle, was ihr um so leichter fiel, als sie gleichermaßen Söhne von Arbeitern, junge Universitätsangehörige und Intellektuelle verschiedener politischer Provenienz zu ihren Mitgliedern zählte.²²

Im Zusammenhang der Diskussionen um die Verfassung von 1925 ging es auch um das Erziehungswesen. Die Meinungsbildung in den Schulen und Gewerkschaftslokalen gingen in einen "Gesamtplan zur Erneuerung des Erziehungswesen" ein. Streitpunkte in der von allen Beteiligten geführten Debatte war die Frage der politischen Erziehung. Nachdem ein Interessenausgleich erreicht worden war, legte die AGP den Plan vor und die Regierung von Oberst Ibañez machte ihn 1927 zum Gesetz.

Viele verantwortliche Posten im Erziehungsministerium und in dessen regionalen Büros wurden nun von Mitgliedern der AGP besetzt. Mariátegui sah diese Entwicklung mit Skepsis und warnte davor, daß die Regierung Ibañez sich der reformfreudigen Lehrer bediene, um sich vor der Bevölkerung zu legitimieren. Die Lehrer der AGP, so Mariátegui, unterschätzten die Verbindung von konservativen Gruppen und Militärs, die sich von Reformideen bedroht fühlen würden, sobald diese Wirkung zeigten.²³ Tatsächlich wurde die Erziehungsreform 1928 rückgängig gemacht, die AGP zwangsweise aufgelöst und die leitenden Köpfe der AGP wurden entlassen.

Unter den organisierten Lehrern verbreitete sich Enttäuschung. Aber die Regierung Ibañez konnte zwar die AGP unterdrücken, nicht aber deren soziale Basis, die Mittelklasse, auf deren passive Unterstützung sie angewiesen war. Statt der zu erwartenden Konfrontation zeigte sich die AGP erneut dialogbereit.

1.2 Die Bedeutung Antonio Gramscis für Lateinamerika

Gramscis Konzept des Historischer Kompromisses fand unter den Führern der Arbeiterparteien der zwanziger Jahre wenig Zustimmung, wurde aber ab den siebziger Jahren nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Lateinamerika stark rezipiert. Wie bereits gezeigt, sind Gramscis Kategorien auch auf die Entstehung der chilenischen Verfassung von 1925

²² Cox-Gayssiling: La formación del profesorado en Chile 1842-1987, Santiago, 1990

²³ J.C.Mariátegui: Temas de educación, La crisis de la reforma educacional en Chile, Lima 1929, S. 68-79

anwendbar, die einen gesellschaftlichen Kompromiß zwischen den herrschenden Schichten des agro-industriellen Bürgertums, der aufsteigenden Mittelschicht und der Arbeiterbewegung vorsah.

Auch Gramscis Begriff des Historischen Blockes deckt sich, so meine These, in der Intention mit den von dieser Verfassung vorgesehenen Maßnahmen wie der Einführung der allgemeinen Schulpflicht, der Sozialgesetzgebung, dem ideologischen Pluralismus und den Instrumenten zu einer Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Gramsci lehnt die "passive und mechanische" Erziehung ab und wendet sich gegen die von seinen idealistischen Gegnern vorgenommene Trennung von Leib und Seele. Beide Gedanken Gramscis finden sich sehr deutlich in Paulo Freires "Pädagogik der Unterdrückten" wieder.²⁴

Die 1933 gegründete Sozialistische Partei Chiles, die mit keiner gleichnamigen Partei der Welt vergleichbar ist und keiner der „Internationalen“ angehört, entspricht wenn nicht ideengeschichtlich²⁵ so doch objektiv der gramsci'schen Konzeption. Die Sozialistische Partei Chiles entstand aus ideologisch sehr unterschiedlichen Gruppierungen, die von armen Landarbeitern bis zu Offizieren des Heeres und der Luftwaffe reichten. Programmatisch war die Partei einem "demokratischen Sozialismus" verpflichtet. Auch in den Diskussionen innerhalb der Lehrerorganisationen spielte der Gedanke eines demokratischen Sozialismus eine große Rolle.²⁶ Dies gilt auch für die Lehrerorganisationen, die sich nach der AGP gebildet hatten, wenn dort auch eine stärker gewerkschaftliche Orientierung vorherrschte, die die eigenen Organisationsinteressen über die Parteinteressen stellte. Ich sehe hier einen Zusammenhang zwischen den Konzept Antonio Gramscis, José Carlos Mariáteguis und einigen nichtorthodoxen chilenischen Linksintellektuellen der dreißiger Jahre, unter ihnen der junge Arzt und Sozialist Salvador Allende. Ein Beweis hierfür ist schwer zu führen, da Gramsci und Mariátegui wegen ihrer persönlichen Lebensumstände (Gramscis Haft und Mariáteguis Krankheit und Exil und der frühe Tod beider) keine zentralen Texte geschrieben haben, die zu ihren Lebzeiten schon hätten rezipiert und politisch diskutiert werden können. Zudem war die internationale politische Diskussion von der Polarisierung zwischen der zweiten und der dritten Internationalen geprägt; Gramsci und Mariátegui entzogen sich beide

²⁴ P.Freire: Pädagogik der Unterdrückten, Hamburg, 1971

²⁵ s. Julio César Jobet, El Partido Socialista de Chile, Santiago, 1971

diesem Schema.²⁷

Unter den Nachfolgeorganisationen des AGP (FEDECH, UPCH und SUTE) sei hier vor allem die 1970 gegründete Gewerkschaft Sindicato Unico de Trabajadores de la Educación (SUTE) erwähnt, zu der alle im Erziehungswesen Beschäftigten, also auch die Schulverwaltungsangestellten, gehörten.²⁸ In den Worten seiner Generalsekretärin Livia Videla war SUTE "ein Ausdruck des Dialogs, des Kompromisses"²⁹ und der Suche nach kollektiven Lösungen für die großen Erziehungsprobleme des Landes, und „(...) sie war Ausdruck eines individuellen und kollektiven Bewußtwerdungsprozesses bezüglich der gesellschaftlichen Rolle des Lehrers, der nun zu den Betreibern des Wandels, der großen Aufgabe der gesellschaftlichen Veränderung des Landes gehörte."³⁰

1.3 Die Ansichten der Lehrerverbände bezüglich des historischen Kompromisses

Die über 100.000 Mitglieder der SUTE waren mehrheitlich Anhänger der UP, und die Organisation hatte ein ausgeprägtes politisches Profil. Unter den damaligen chilenischen Gewerkschaften gehörte sie zu den offensten. Die Türen der Gewerkschaftshäuser und der Schulen standen Vertretern der unterschiedlichsten Richtungen, darunter auch den Dissidenten, offen. Dem von Teilen der Regierungsparteien vertretenen "wissenschaftlichen Sozialismus" standen viele Lehrer skeptisch gegenüber.

Ein Projekt der Erziehungsreform der UP stieß, wie gesagt, auf nicht genügend Konsens, so daß die Regierung es schließlich zurückzog. Ich selbst habe an unzähligen Treffen teilgenommen, auf denen das Projekt diskutiert wurde. Bei der damaligen Auseinandersetzung ging es, wie ich denke, unterschwellig nicht nur um Erziehungsfragen, sondern um die Frage eines gesellschaftlichen Bruches. In der gesellschaftlichen Krise, die damals in Chile fast unerträgliche Ausmaße annahm, stand die SUTE unter dem Druck einer Politik des Bruchs

²⁶ s. Julio César Jobet: *Doctrina y praxis de los educadores representativos en Chile*, Santiago, 1970

²⁷ Auch die Migration europäischer und auch vieler italienischer Arbeiter in den zwanziger Jahre in die südliche Länder Lateinamerikas mag Vorstellungen Gramscis dort heimisch gemacht haben. Allerdings habe ich hierfür keine Belege. Interessant ist, daß J.C. Mariátegui während seines zweieinhalbjährigen Italienaufenthaltes, bei dem er den Marxismus kennengelernt hatte (A. Bazan, *Mariátegui y su Tiempo*, Amauta, Lima o.J. S.64), offenbar mit Gramsci bekannt wurde (F.Mires, *Die Indios und das Land*, S.41, dort: Biogr.Notizen). Mires weist auf die inhaltliche Nähe Mariáteguis zu Gramsci hin (a.a.O., S.14.); ähnlich Kuno Füssel in seinem Vorwort zu K.Füssel (Hrsg.), *José Carlos Mariátegui: Sieben Versuche der peruanische Realität*, S.12). Mariátegui erwähnt Gramsci nur beiläufig (J.C.Mariátegui, *la escena contemporánea*, S.141)

²⁸ Im Jahr 1972 billigte das chilenische Parlament der SUTE staatliche Annerkung als Gewerkschaft zu, selbst wenn seine Mitglieder Staatsangestellte waren, die gesetzlich keine Gewerkschaft bilden durften

²⁹ Livia Videla, Interview, 1991

³⁰ Livia Videla, Interview, 1991

mit der fast fünfzigjährigen Politik des Ausgleichs und Dialogs, und die Mitglieder der Organisation wählten eben diese Politik des Dialogs als Ausweg aus der Krise.

1.4 Das Fehlen eines Erziehungskonsenses während der Unidad Popular

Der Sozialist Allende war 1970 durch freie Wahlen, in denen er die relative Mehrheit auf sich vereinigen konnte, an die Regierung gekommen. Ehe er seinen "chilenischen Weg zum Sozialismus" verkünden konnte, hatten Marxisten, Christen, nichtmarxistische Laien und Freimaurer zu einem Konsens kommen müssen. Ein zusätzlicher Grund dafür, daß eine Konsenslösung inmitten harter Konfrontationen gefunden wurde, war die Aufmerksamkeit der ganzen Welt, die auf den politischen Prozeß in Chile gerichtet war. Dennoch zeigten sich bereits während der dreijährigen Regierungszeit Allendes die ersten Risse.

Die UP plante eine Erziehungsreform, deren Kern das Modell einer Nationalen Einheitsschule (ENU) war. Diese Schule sollte an die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernisse des Landes angepaßt sein. Die enzyklopädistische Erziehungstradition sollte durch einen eher pragmatischen Ansatz ersetzt werden, in dem auch die manuellen Beschäftigungen als Teil der menschlichen Kreativität angesehen wurden. Zu diesem Zweck waren Betriebspraktika vorgesehen.

Kritiker des ENU-Projektes vermuteten die Übernahme kommunistischer Schulmodelle, (polytechnischer Unterricht).³¹ Die Debatte um die ENU geriet bald zu einer Polemik zwischen Linken und Rechten. Die Anhänger der Reformidee sahen Ihre Aufgabe darin, das Erziehungswesen so zu verändern, daß es auf fortschrittliche, kontinuierliche und systematische Weise einer gesellschaftlichen Demokratisierung des Landes dienen sollte, die dessen politische, soziale und kulturelle Werte einbezog. Die demokratische Komponente wurde in dreierlei Weise verstanden:

- Weite Teile der Bevölkerung sollten Zugang zu Schulen und Bildungseinrichtungen haben.
- Dadurch, daß die Arbeit als Sozialisations- und Bildungsfaktor für Jugendliche angesehen

³¹ Diese Kritik wurde vor allem vom Studenten und Akademiker der katholische Universität vorgetragen in: FEUC: El control de la consciencia, Santiago, 1973

wurde, sollte die konsumistische und individualistische Mentalität der Schülerinnen und Schüler aufgebrochen und durch produktive und solidarische Lernziele verändert werden.

- Die ENU sollte zur Bildung einer sozialistischen Gesellschaft beitragen, in der der harmonische, voll entwickelte, auf die Entwicklung des Landes und einer gerechten, souveränen und freien Gesellschaft hinarbeitende Mensch vorherrschen sollte.³²

Angehörige der katholischen Universität Chiles formulierten eine Kritik des Reformprojektes mit dem Titel "ENU - die Kontrolle des Gewissens".³³ Das Dokument zielt darauf ab, daß das Projekt den traditionellen Pluralismus im chilenischen Erziehungswesen abschaffen wolle und verfassungswidrig sei, da die Erziehung Aufgabe des Staates und nicht einer parteipolitischen Gruppierung sei. Einer der Gegner des Projektes, der spätere chilenische Präsident Patricio Aylwin, warf dem ENU-Projekt in einem Fernsehbeitrag diese "parteipolitische Zielsetzung" vor.³⁴

Das Reformvorhaben hatte ins Nervenzentrum des am besten organisierten Teils der Traditionalisten innerhalb der Kirche und der politischen Organisationen getroffen. Der Gegenvorstoß begnügte sich nicht damit, den ideologisierenden Teil des ENU-Projektes ("die Bildung des neuen Menschen in einer sozialistischen Gesellschaft") anzugreifen, er verwarf vielmehr das ganze Projekt, das mit allen Betroffenen intensiv diskutiert worden war. Die nun einsetzende Polemik, die sogar zu Handgreiflichkeiten führte, war ein erster Bruch mit der Dialogtradition im Erziehungswesen. Als sich sogar der Oberhirt der chilenischen katholischen Kirche, Kardinal Silva Henríquez, besorgt wegen des Projektes äußerte, zog Allende es zurück. Die Kompromißbereitschaft hatte ein weiteres Mal gesiegt.

³² Ramón I. Núñez, Roberto Casanga, Informe sobre la ENU, Santiago, 1972

³³ FEUC, ENU - El control de las consciencias, Santiago, 1973

³⁴ FEUC, a.a.O., S. 59-60

Teil II

2 Die Militärregierung und die verschiedenen Brüche des Historischen Kompromisses auf dem Gebiet der Erziehung, der Gewerkschaften und der zivilgesellschaftlichen Institutionen

2.1 Überlegungen zum Historischen Kompromiß, der Kontinuität und den Brüchen in der chilenischen Gesellschaft

Unter "Bruch" (span.: quiebre) verstehe ich im Folgenden die strukturelle oder gewaltsame Unterbrechung eines in der Geschichte des Landes verankerten politischen Prozesses und, im Falle des Themas dieser Arbeit, eines Prozesses im Erziehungswesen. Chile hatte zu Beginn der siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts 150 Jahre relativer politischer Stabilität erlebt. Alle Nachbarländer hatten seit ihrer Unabhängigkeit von Spanien häufige und oft gewaltsame Regierungswechsel und Phasen der Instabilität durchgemacht. In Chile hingegen gab es nur drei Unterbrechungen der institutionellen Stabilität in den Jahren 1830-33, 1890-92 und 1929/33, die jeweils kurz waren.³⁵ Die Verfassung von 1925 festigte die Stabilitätstradition. Das soll nicht bedeuten, daß es keine harten sozialen Auseinandersetzungen gab. Aber selbst Maßnahmen wie das Verbot der kommunistischen Partei³⁶ zwischen 1948-57 verschärfte die Situation nicht, sondern wurde nach einigen Verhandlungen wieder rückgängig gemacht.

Der aus der Verfassung von 1925 hervorgegangene Staat war als klassenneutral konzipiert und sollte, unberührt von individuellen Interessen, dem Allgemeinwohl dienen. Vor allem im Erziehungswesen sollte der Staat die Klassenbeziehungen auflösen. Der Militärputsch von 1973 war nicht nur wegen seiner Gewalttätigkeit ein Bruch mit dieser Tradition. Die Reformen, die die Militärregierung auf dem Gebiet der Politik, der Wirtschaft und der Erziehung betrieb, brachen jeweils mit der chilenischen Dialogtradition.

³⁵ 1830-33: Periode der Anarchie nach der Unabhängigkeit (s. Luis Barros, Ximena Vergara: Estado y Política en Chile, Kap. S. 81-85); 1891-92: Der Bürgerkrieg zwischen Konservativen und Liberalen. (s. Raul Atria, Estado y Política en Chile, Santiago, 1991, S. 195-209); 1929-32: Die Weltwirtschaftskrise der zwanziger Jahre bedeutete für Chile außer dem Verlust des Salpetermarktes eine große politische Unstabilität mit ständigem Regierungswechsel und Putschversuchen (s. Raúl Atria, a.a.O., Santiago, Chile, S. 223-243).

³⁶ In 1948 wurde die chilenische KP durch das Gesetz „Ley de defensa de la democracia“ verboten und erst neun Jahre später wieder legalisiert.

2.2 Der Bruch des Historischen Kompromisses im Erziehungswesen

Zu Beginn der siebziger Jahre waren die organisierten Lehrer einer der bedeutsamsten Teile der chilenischen Zivilgesellschaft. Wegen ihrer großen Zahl, ihres Organisationsgrades, ihrer Konflikterfahrung und ihres politischen und kulturellen Einflusses hatten sie großen gesellschaftlichen Einfluß. Die Mehrzahl der Lehrer arbeitete an staatlichen Schulen, aber es gab auch Angestellte privater Schulen. Zu den Privatschulen zählten die kirchlichen und nichtkonfessionellen Schulen für wohlhabende Familien, darunter vom Ausland unterstützten deutschen Schulen in einigen Städten Chiles³⁷. Die Lehrergehälter vor allem der Lehrerinnen und Lehrer an staatlichen Schulen waren immer niedrig. Die Militärregierung fror sie auf diesem niedrigen Niveau ein. (Auf einem Kongreß des Colegio de Profesores in La Serena im Jahre 1977 bildete sich deshalb eine erste Oppositionsgruppe innerhalb dieser Organisation. Die Forderung nach einer Gehaltserhöhung wurde von der regierungsnahen Presse sogleich als "gefährliche Form des Rückschritts zu den Forderungen des Sindicato Unico de Trabajadores de la Educación"³⁸ zurückgewiesen).

Die faktische Abschaffung der in Lateinamerika stets hochgehaltenen Universitätsautonomie war einer der offenkundigsten Brüche, die die Militärregierung vollzog. Die Universitäten wurden militärisch besetzt, ganze Fakultäten wurden für mehrere Semester geschlossen und die Militärregierung setzte Rektoren ein, die meist Militärs waren. Die Universitätsverwaltung wurde in der Weise verändert, daß Kontrollgremien abgeschafft wurden und die Stellung des Rektors gestärkt wurde.³⁹

In den Grundschulen und Gymnasien setzte die Militärregierung Schulleiter ein, an leitender Stelle häufig Militärs. Diese Personalpolitik war so willkürlich, daß ein von der Militärregierung ernannter Erziehungsminister derart von seiner eigenen Ernennung überrascht war, daß er in seiner ersten Pressekonferenz nichts zu sagen hatte.⁴⁰

Julio Valladares nennt das Erziehungswesen "den von den Militärs am stärksten kontrollierten

³⁷ ausführlich in: Guía de ingreso a las escuelas particulares en Chile - 1992, Santiago 1992. In diesem Heft werden die Inmatrikulation sowie die Monatsraten der Schule aufgeführt.

³⁸ El Mercurio, 14.06.1977

³⁹ Ercilla, Informe universitario, 17.03. 1976 und Interview mit Francisco Cumplido in: El Mercurio, 27.08.1979

⁴⁰ In diesem Zusammenhang muß auf die beachtliche Instabilität der Besetzung des Postens des Erziehungsministers hingewiesen werden. Während Pinochets Regierung wechselte dieser Posten etwa alle eineinhalb Jahre.

und umzingelten" Bereich der chilenischen Gesellschaft.⁴¹ Osvaldo Verdugo spricht zu Recht von einer "Säuberung" durch die Militärs.⁴² Weiterbildungseinrichtungen und Forschungseinrichtungen der Lehrer wurden beschnitten, Maßnahmen, die diesen einmal mehr die Möglichkeit der Beteiligung an Entscheidungsprozessen nahm.

Derartige Maßnahmen brachen nicht nur formal-organisatorisch mit der Konsenstradition im chilenischen Erziehungswesen, sie waren von einer Rhetorik begleitet, die jede Verständigung zwischen kontroversen Positionen ausschloß. Die Sicherheitsdoktrin des Militärstaates, die z.B. Pinochet in seinen häufigen öffentlichen Reden durchgängig gebraucht, unterscheidet zwischen guten und bösen Chilenen. Der Diskurs vom guten Chilenen wird mit "Werten der Familie", einem konservativen Frauenbild und der Beschwörung einer "schweigenden Mehrheit", die mit den lautstarken linken Gruppen der Allendezeit nicht einverstanden war, bestritten. Die schlechten Chilenen sind in diesem Diskurs zwar geborene Chilenen, vertreten aber fremde (marxistische) Interessen, mit denen sie die an sich gesunde chilenische Gesellschaft infiltrieren. Sie werden mit dem Vokabular des Terrorismus, der Perversion, des Antipatriotismus usw. belegt.⁴³ Wenn es im Erziehungswesen "kleine Spielräume des Dialogs und der Demokratie"⁴⁴ gab, so waren dies keine Zugeständnisse, die die Versöhnung kontroverser Positionen signalisieren sollten, sondern begrenzte Ergebnisse von Verhandlungen, die z.B. die Kirche, internationale Institutionen und die zugelassenen chilenischen Institutionen geführt hatten.⁴⁵

Der Bruch von 1973 war zwar die gewaltsame Beendigung einer dialogorientierten Tradition der chilenischen Gesellschaft, bedurfte aber des internen Konsens der vier Waffengattungen, die anders nicht zu einem koordinierten Putsch in der Lage gewesen wären. Zwei gescheiterte Putschversuche, die als Auslöser einer von vagem Unmut getragenen allgemeinen militärischen Erhebung gedacht waren, hatten die Putschisten einsehen lassen, daß sie

⁴¹ J. Valladares, Interview, 1991

⁴² O. Verdugo, Interview, 1992

⁴³ Hierzu gibt es eine interessante semiotische Studie: Giselle Munizaga, *El discurso público de Pinochet 1973-76*, Buenos Aires, 1983

⁴⁴ O. Verdugo, Interview, 1992

⁴⁵ Beispiele sind die Verhandlungen der katholischen Kirche mit der Militärregierung, die zum Ergebnis hatte, daß das ökumenische „Friedenskomitee“ durch das politisch weniger profilierte „Solidaritätsvikariat“ der katholischen Kirche ersetzt und im Gegenzug der Geheimdienst DINA aufgelöst (und ebenfalls ersetzt) und das System des „Verschwindenlassens“ politischer Gefangener größtenteils eingestellt wurde. (s. E. Ahumada, u.a., *Chile la memoria prohibida*, Bd. II, , Santiago, 1989, S.167-95

untereinander mindestens einen "negativen Konsens"⁴⁶ über all das, was sie beseitigen wollten, herstellen mußten. Um zu verhindern, daß die Militärs "nach getaner Schmutzarbeit"⁴⁷ wieder in die Kasernen zurückgingen und um einen "auf der Kombination von Terror und einem dem Weltmarkt angepaßten ((...)) Staat"⁴⁸ aufzubauen, mußte Pinochet statt der geplanten Rotation der Oberkommandierenden der vier Teilstreitkräfte seine Personaldiktatur durchsetzen, die dann tatsächlich 17 Jahre lang bestand. Mithilfe des ihm persönlich unterstellten Geheimdienstes DINA war es Pinochet gelungen, mit dem internen Konsens der militärischen Elite zu brechen.⁴⁹ Das wirtschaftliche und politische Modernisierungskonzept, das Pinochet schließlich erzwang, war kohärent und vom aktiven Konsens einer Minderheit und in einigen Bereichen sogar vom passiven Konsens der Mehrheit getragen.

2.3 Einengung der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit und des Verbands korporativismus

In einer ersten Phase ihrer Herrschaft (1973-75) organisierten die Militärs das Schulsystem um. Vorgaben waren die "chilenidad" (in etwa: das Chilenischsein) und deren Konnotationen wie die Nationalhymne und -flagge und die Feier von Gedenktagen, unter ihnen der 11. September als Jahrestag des Putsches. Erlasse des Erziehungsministeriums bedienten sich einer autoritär-nationalistischen Sprache, gemäß der die Streitkräfte das Land vor Chaos, Ideologisierung und Konfrontation gerettet hatten. Sie enthielten eine harmonistische Semantik, schlossen aber einen großen Teil der Betroffenen aus dieser Harmonievorstellung aus.⁵⁰

1975 legte die Militärregierung ein programmatisches Dokument vor, die „Erziehungsprinzipien der Regierung Chiles“.⁵¹ Es ist eines der wichtigsten Dokumente des Militärregimes, das es sonst vorzog zu handeln, statt Programme vorzulegen. Die "Erziehungsprinzipien der chilenischen Regierung" gehen davon aus, daß das Erziehungswesen bis 1973 auf die wirtschaftlichen Erfordernisse des Landes und dessen Modernisierung nicht eingestellt war. Das Erziehungswesen habe viele Finanzmittel erfordert,

⁴⁶ Heller, Friedrich Paul, Colonia Dignidad, S. 92

⁴⁷ Kletten, Ingo, Durch Terror zum modernen Staat, S. 39

⁴⁸ Kletten, Ingo, a.a.O., S. 41

⁴⁹ Kletten, Ingo, a.a.O. S. 39 ff

⁵⁰ s. Hierzu Salomon Magenzo/Consuelo Gazmuri: El control autoritario a través de las circulares del Ministerio de Educación en el periodo 1973-81, Santiago, 1982.

⁵¹ Principios educacionales del Gobierno de Chile, Santiago, 1975

aber nicht zur "nationalen Einheit" beigetragen. Die Polarisierungen der UP-Zeit und die Einflüsse des Marxismus auf den Staat bedrohten, so der Text, den christlich-westlichen Charakter und das demokratische System des Landes. Unter Demokratie versteht das Dokument "die absolute Vorherrschaft der Werte der menschlichen Person gegenüber allen Institutionen, Organisationen, der Macht und Autorität und sogar gegenüber dem Staat und der Gesellschaft in Theorie und Praxis". Der Staat hat hier also nicht die vermittelnde und schützende Funktion, die ihm die Verfassung von 1925 zuschrieb. Individuelles und gemeinschaftliches Handeln solle nun das staatliche Handeln substituieren. Unter Anleitung des Erziehungsministeriums sollten Privatorganisationen ins Erziehungswesen eingreifen (Anmerkung der Verfasser: es sind wohl Träger privater Schulen und Universitäten gemeint). Erziehung wird vage beschrieben als Handeln, "das vom Menschen ausgeht und mit ihm stirbt". Das Erziehungswesen müsse "gesund" sein, und dies geschehe zuerst, indem "die infiltrierten marxistischen Agitatoren auf allen Ebenen der Lehre eliminiert" würden, so die "Erziehungsprinzipien der chilenischen Regierung". Weiterhin verkündet das Dokument die "administrative Dezentralisierung" des Erziehungswesens, wobei "die entsprechenden Teile" der Betroffenen anzuhören seien, was, wie zu zeigen sein wird, aber nicht geschah.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die wirtschafts- und staatspolitische Zielsetzung der Militärregierung - verschlankter Staat und Modernisierung - entgegen allen Beteuerungen und verbalen Genugtuungen für die Lehrer letztendlich schematisch auf das Erziehungswesen übertragen wurde. Der harmonistischen Rhetorik entsprach in der Praxis das Modell einer atomisierten und sozioökonomisch gespaltenen Gesellschaft unter Ausschluß eines großen Teils der Akteure. Die positive Erwähnung der Demokratie in den Erziehungsprinzipien mag erstaunen, wollte doch Pinochet die Demokratie in seiner Fernsehansprache während des Militärputsches noch "in Blut gebadet" sehen; sie ist Teil des Schemas von integrativer Rhetorik und marginalisierender politischer Praxis.

2.4 Der Verbands korporativismus als Ersatz für den Sindicato Unico de Trabajadores de la Educación (SUTE)

Zu der "Reinigungskur" (operación de limpieza), die die Militärs dem Erziehungswesen verabreichten, gehörten:

- die Überstellung der Escuelas Normales (Pädagogischen Hochschulen) an die

Universitäten⁵²

- die Auflösung aller Interessenvertretungen der Lehrer⁵³
- die Ernennung neuer Erziehungsdirektoren der Regionen, Provinzen und Kreise und der Grundschulen und Sekundarschulen
- die Einsetzung von Universitätsrektoren
- die Einfrierung der Lehrergehälter
- die pauschale Entlassung aller Lehrerinnen und Lehrer und ihre Wiedereinstellung nach Einzelfallprüfung⁵⁴

Wie bereits erwähnt, wurde der SUTE aufgelöst und durch das Colegio de Profesores ersetzt, das weder Berufsverband (gremio) noch Gewerkschaft sein sollte. Ein Teil der Lehrerschaft sah in diesem Schritt eine wichtige Anerkennung ihrer Erziehungsfunktion. Die Lehrer sahen ihre Berufsethik vor dem Zugriff von allgemeinpolitischen, nichtpädagogischen Strömungen gerettet, die keine Erzieher waren. Um Lehrer bleiben zu können, mußte man Mitglied des Colegio de Profesores sein. Die ersten Vorstände des Colegio de Profesores wurden von der Militärregierung eingesetzt. In den kommenden 12 Jahren war das Colegio de Profesores nach den Worten von Julio Vallarades ein "typischer Ausdruck des autoritären Korporativismus",⁵⁵ der gesellschaftliche Institutionen für die politische Macht instrumentalisierte. 1985, als ein Teil der chilenischen Bevölkerung immer unzufriedener mit der Militärregierung wurde, arbeitete eine Fraktion innerhalb des Colegio de Profesores auf dessen Demokratisierung hin und es gab Konflikte mit der Militärregierung. Zwischen 12.000 und 15.000 Lehrer wurden im Zuge einer Rationalisierung entlassen.⁵⁶ Faktisch war die Demokratisierung des größten Berufsverbandes Chiles ein wichtiger Schritt zur Massenmobilisierung von 1988. Die Lehrer forderten, ohne dies selbst so klar zu sehen, die Demokratisierung ihrer Organisation als ersten Schritt zur Demokratisierung der Gesellschaft. Mitte der achtziger Jahre wurden die Lehrer zu einem gesellschaftlichen Subjekt, das die Wünsche der chilenischen Mittelklasse artikulierte, die sich als Verbündete der Militärregierung gefühlt hatte, aber von deren Wirtschaftspolitik in ihrem Aufstieg gehindert worden war.

⁵² Gesetzesverordnung 179, Santiago, 1973

⁵³ Gesetzesverordnung 1.284, Santiago, 1974

⁵⁴ Gesetzesverordnung Nr. 6, Santiago, 1973

⁵⁵ J. Valladares, Interview, 1992

⁵⁶ Genaue Information über die Zahl der Entlassenden sind nicht bekannt, weil tatsächlich viele Lehrer entlassen wurden, aber auch eine bedeutende Anzahl wegen niedriger Löhne und dauernder Kontrolle von sich aus den Dienst quittierten. Die wirkliche Zahl dürfte zwischen den Angaben des Kulturministeriums (ca. 12.000) und der demokratisierten Lehrgewerkschaft (ca. 15.000) liegen.

Die Politik der Militärregierung im Erziehungswesen war von Anfang an widersprüchlich. Unter dem Schlagwort der "nationalen Einheit" sollte sie dem "nationalen Wiederaufbau"⁵⁷ dienen. Die Lehrer, Hochschullehrer und Erzieher boten sich als geeignete Zielgruppe an, um diese Vorstellungen in der Bevölkerung zu vertreten. Die zwangsweise Ersetzung des SUTE durch das Colegio de Profesores und die Einführung des Erziehungsstatuts entfremdete viele Beschäftigte im Erziehungswesen der Militärregierung. Die Überführung der Escuelas Normales (Pädagogischen Hochschulen) in die Universitäten bedeutete eine Aufwertung der Pädagogischen Hochschulen, zugleich war sie aber mit der Entlassung vieler Dozenten verbunden. Der Erzieherberuf wurde verbal aufgewertet als „einer der edelsten des Menschengeschlechtes“,⁵⁸ aber durch den Abbau der Weiterbildungsmöglichkeiten faktisch abgewertet. Hinzu kam die Einfrierung der Gehälter. Die Militärregierung erließ ein Angestelltenstatut der Erzieher und zog es nach einem Jahr wegen der Kommunalisierung der Schulen wieder zurück.⁵⁹ All dies führte zu Unzufriedenheit unter den Lehrern und treib den Bruch nicht nur zwischen Lehrern und Regierung, sondern zwischen der gesamten zivilen Gesellschaft und der Regierung voran.

Die katholische Kirche, die bereits die Forderungen des Kongresses von La Serena 1977 in Form eines Hirtenbrief an die Regierung weitergegeben hatte, bot 1979 oppositionellen Lehrern eine begrenzte Plattform. Diese Lehrer organisierten sich im Großraum Santiago in einer Coordinadora Metropolitana de Educación (CME).⁶⁰

2.5 Das Anstellungsstatut der Erzieher (Estatuto de la Carrera Docente)

1978 dekretierte die Militärregierung das Angestelltenstatut der Erzieher. Das Statut legte Aufgaben und Pflichten, Rechte, Bezahlung, Aufstiegsmöglichkeiten, Kündigungsschutz, Weiterbildung, Wohlfahrtsregelungen u.a.m. der Erzieher fest. Die Militärregierung begann schon 1975 mit Überlegungen zu diesem Statut, an denen sie aber das Colegio de Profesores trotz der guten Beziehungen zu ihm nicht beteiligte, da, wie der damalige Erziehungsminister Arturo Troncoso Daroch sagte, zu wenig Zeit dafür war.⁶¹

⁵⁷ A.Pinochet, Rede vom 11.09.1973

⁵⁸ Directiva presidencial 1979

⁵⁹ Gesetzesverordnung 3.063. 1979

⁶⁰ Ramón I.Núñez u.a.: Las transformaciones educacionales bajo el régimen militar, Santiago, 1983, S. 181

⁶¹ El Mercurio 27.12.1975

Zu den Streitpunkten des Angestelltenstatuts der Erzieher gehörten die Erweiterung der Wochenstundenzahl und die starke Stellung des Schuldirektors, der nun den Lehrerinnen und Lehrern Noten nach einem Schema "Sehr gut / verdienstvoll / befriedigend"⁶² gab und deren Aufstieg oder Entlassung verfügen konnte, was sie oft zu "kleinen Diktatoren" machte, während die Lehrer sich in Gehorsam übten (Schulak). Die Weiterbildungsmöglichkeiten waren dem Marktgesetz überlassen und deshalb meist unerschwinglich.

Ende der siebziger Jahre entstanden die ersten drei vom Colegio de Profesores unabhängigen Erzieherorganisationen: die Coordinadora Metropolitana de Maestros (metropolitane Lehrerkoordination, Santiago), die Coordinadora de Maestros de la Octava Region (Lehrerkoordination der achten Region, Concepción) und der Club del Magisterio (Lehrerclub, Valparaiso). Aus diesen drei Gruppierungen ging 1981 die Asociación Gremial de Educadores de Chile (AGECH) hervor.⁶³ Zahlenmäßig war die AGECH dem Colegio de Profesores unterlegen, aber viele Mitglieder des Colegios standen der Politik der AGECH näher als der ihrer eigenen Organisation. Zur AGECH gehörten ältere Lehrer, die in den linken politischen Parteien aktiv waren, und Abgänger der Pädagogischen Hochschulen und Universitäten. In den achtziger Jahren verbreitete sich die AGECH landesweit und hatte 9.000 Mitglieder in ca. 30 Städten des Landes.⁶⁴

2.6 Das Universitätswesen im Zusammenhang der Politik des Bruchs

Erst 1981 verkündete die Militärregierung eine Universitätsreform. Auch diese Reform wurde ohne vorherige Konsultationen bekanntgegeben, und ehe die Betroffenen darauf reagieren konnten, wurde sie bereits umgesetzt. Durch diese Reform wurde das Lehrerstudium aus den 12 anerkannten universitären Studiengängen wieder ausgegliedert. Auch diese Reform ging von der Vorgabe aus staatliche Ausgaben zu kürzen. Ihr entscheidendes Argument war, daß sich vor dem Putsch alle politischen Organisationen und Strömungen des Landes der Universitäten bedient hatten, um ihre akademischen Kader auszubilden. Durch diese Instrumentalisierung hätten die Universitäten an akademischem Niveau verloren, so die Kritik

⁶² Gesetzesverordnung 2.327, Santiago. 1979

⁶³ Die Lehrer außerhalb des Colegio de Profesores haben bei dieser Gelegenheit das neue Arbeitsstatut der Berufsverbände abgeschafft und eine Asociación Gremial gegründet.

⁶⁴ Alejandro Traverso: Conclusiones Generales de la cuarta conferencia nacional de la AGECH en Talagante, 1986, S. 3 f

am Universitätswesen bis 1973 vorgebracht.⁶⁵

Die chilenischen Universitäten waren Teil der zwischen den Klassen vermittelnden, dialogorientierten Verfassungs- und Gesellschaftstradition gewesen; in diesem Sinne hatten sie Anteil am Historischen Kompromiß, der durch die Verfassung von 1925 gestiftet worden war. Die Universitäten hatten Anteil an Entwicklungsaufgaben wie dem Kampf gegen Analphabetismus und Armut und für ein besseres Gesundheits- und Wohnungswesen. Hierbei waren die politischen Rahmenbedingungen immer im Blick, und periodisch mündeten Studentenproteste in allgemeine Protestbewegungen ein. Die Universitäten waren demokratisch konstituiert und standen allen Gesellschaftsschichten offen. Die Rektoren wurden von allen Universitätsangehörigen, also auch von den Studenten, gewählt. Die Universitätsreform von 1981 brach nicht nur formal mit dieser Tradition, sie begründete auch eine neue akademische Kultur, deren durchgängiger Zug die Entpolitisierung war. Die *Säuberung* der Universitäten nach dem Putsch hatte diesem Bruch vorgearbeitet. Wütende Attacken des Erziehungsministers und anderer Verantwortlicher lauteten: „Das einzig Positive, das ich auf der Universität gelernt habe, war, wie eine Universität nicht sein soll“.⁶⁶

Die Universitäten wurden mehr und mehr zum Ausbildungsplatz sozialer Eliten, darunter vieler Abgänger von Privatschulen. Nun waren es wieder Kinder klassischer akademischer Stände wie der Rechtsanwälte und Ärzte, die eben diese Fächer studierten. Das aus den Universitäten ausgegliederte Lehrerstudium war demgegenüber ein von Tausenden von Studenten aus ärmeren Familien absolvierter Studiengang. Durch die Verteuerung des Studiums verringerte sich die Zahl der Studenten drastisch.⁶⁷

2.7 Die Verfassung von 1980

Das wichtigste Ereignis des Jahres 1980 war die Einsetzung einer neuen Verfassung. Diese Verfassung war auf den Machterhalt der Militärs unter legalem Vorwand zugeschnitten und sah einen langfristigen Übergang zur Demokratie und nach deren Einrichtung eine Machtreserve der Streitkräfte vor. Nach der Verfassung von 1980 war nicht mehr der zivile

⁶⁵ Gesetzesverordnung Nr. 1, Santiago, Dezember 1980. Diese Verordnung strukturiert das chilenischen Universitätswesen um.

⁶⁶ Interview mit A. Prieto in: Cosas, 4.12.1980

⁶⁷ Die Zahl der Studenten fiel von 20.922 Studenten im Jahre 1973 auf 12.622 im Jahre 1976 und 10.681 im Jahre 1981. Eine ausführliche Studie dazu liefert. A. Sanfuentes in *Financiamiento de la Educación Superior*, S. 139

Präsident Oberkommandierender der Streitkräfte, wie es bis 1973 der Fall war. Neun von Pinochet ernannte Senatoren hatten eine Funktion, die in etwa der des deutschen Bundesrates zukommt. Ein Nationaler Sicherheitsrat, in dem die vier Oberkommandierenden der Waffengattungen in der Mehrheit waren, und ein Verfassungsgericht wurden als Verfassungsorgan eingesetzt. Das Wahlsystem benachteiligte Wahlkreise mit hoher Bevölkerungszahl.

2.8 Die Kommunalisierung und Privatisierung der Erziehung und das Ende des Erziehungsstaates

Die Kommunalisierung und Privatisierung des Erziehungswesens⁶⁸ veränderte die Beziehung zwischen Behörden und Lehrern grundlegend, mehr noch, sie verschob die Beziehung zwischen Staat und Mittelklasse. Zwischen 1979 und 1981 wurden hunderte von Grundschulen und Gymnasien privatisiert. Dann trat eine Pause ein, und 1986 gingen die Privatisierungen weiter. Das Hauptargument war, daß die Zentralisierung des Schulwesens eine zu große Bürokratie hervorgebracht hatte. Diese Bürokratie, die es tatsächlich gab, stand nicht nur der von der Militärregierung geplanten Modernisierung des Staates entgegen, sie bereitete den Militärs selbst ernsthafte Schwierigkeiten. Die Dezentralisierung, die durch eine generelle regionale Neuordnung des Landes (Einteilung in zehn Regionen) vorbereitet worden war, übergab die Schulen in kommunale Trägerschaft. Pinochet selbst verkündete die neuen Maßnahmen und ließ es sich auch bei dieser Gelegenheit nicht nehmen, das Erziehungswesen vor dem Militärputsch als Höhepunkt der Anarchie zu bezeichnen.

Die Kommunalisierung bedeutete für die Finanzierung der Schulen:

- zusätzliche Steuern für die Bewohner der Kommunen
- Schulgeld für die Privatschulen
- private Unternehmen sollten die Schulen unterstützen
- in Notfällen staatliche Subventionen

Alle Forderungen der Lehrer richteten sich nun nicht mehr an die Regierung, sondern an die jeweilige Kommune. Dies bedeutete eine Schwächung der Gewerkschaftsbewegung der Lehrer, die nun keinen gemeinsamen Ansprechpartner mehr hatten. Durch die

Kommunalisierung und Privatisierung verloren die Lehrer einige Rechte, die ihnen das Angestelltenstatut der Erzieher gewährt hatte. Es fällt auf, daß in diesem Statut die Pläne zur Kommunalisierung und Privatisierung nicht vorgesehen waren. Offenbar hat Pinochet in der Zwischenzeit unter dem Einfluß seiner Wirtschaftsberater einen weiteren Schritt in seinem Zickzackkurs im Erziehungswesen unternommen. Auch in diesem Fall wurden die Lehrer nicht konsultiert

In einer "Präsidentialdirektive zur Erziehung" vom März 1979 werden als Erziehungsziele genannt, "gute Arbeiter, Bürger und Patrioten" auszubilden.⁶⁹

2.9 Die Presse und die Veränderung im Erziehungswesen

Unter den Presseberichten über die Erziehungsreform der Militärregierung soll an dieser Stelle vor allem auf die Tageszeitung El Mercurio eingegangen werden. El Mercurio hatte bis zum Putsch Weltruf (Die Frankfurter Allgemeine Zeitung verglich sich vor vielen Jahren in ihrer Plakatwerbung mit einer Reihe international angesehener Zeitungen, und dort konnte man neben dem Logo der Times usw. das des Mercurio sehen). Ökonomisch war und ist El Mercurio in der Hand der chilenischen Oligarchie, politisch kann er als Sprachrohr der Mittelklasse gelten. Wenn der Beweis geführt werden sollte, daß die chilenische Mittelklasse historisch kulturelle Hegemonie auch auf andere Teile der Bevölkerung ausgeübt hat und heute noch ausübt, wäre El Mercurio eines der Beweisstücke. Nach dem Putsch bewies der Mercurio der Militärregierung unkritische, fast devote Zustimmung.

El Mercurio hat sich des Themas Erziehungsreform regelmäßig angenommen und eine Reihe angesehener Redakteure und Journalisten mit diesem Thema betraut. Am 13. Mai 1979 widmete El Mercurio diesem Thema einen Leitartikel, in dem die entbürokratisierende Funktion der Maßnahmen der Pinochet-Regierung gelobt wurden. Der Artikel appelliert an den Optimismus und die Sicherheitsbedürfnisse der Leser und nennt die Regierungsmaßnahmen "eine wertvolle Initiative." Aber bereits im August desselben Jahres brachte El Mercurio Artikel, die kritische Meinungen wiedergaben. Für den regierungstreuen Mercurio war dies ungewöhnlich. Francisco Cumplido, später Justizminister der Regierung

⁶⁸ Gesetzesverordnung 3.063, Dezember, Santiago, 1979

⁶⁹ A.Pinochet, Directiva presidencial sobre educación, März 1979

Aylwin, kritisierte im Mercurio die Universitätspolitik der Militärs, die nach der militärischen Besetzung der Universitäten und der Einsetzung uniformierter Rektoren von konzeptloser Willkür geprägt war.⁷⁰ Die Veröffentlichung dieser Kritik war wohl Ausdruck eines innermilitärischen Konflikts: Offiziere, die von einem auf den anderen Tag mit der Vorgabe der Apolitizität an politisch verantwortliche Posten gestellt worden waren, mußten auf Berater hören und Entscheidungen fällen, die in einem offenkundigen politischen Kontext standen und politische Folgen hatten. Der Zeitpunkt der von El Mercurio publizierten Kritik fällt in den Beginn der Epoche, in der die geplante rotative Präsidentschaft der Oberkommandierenden der vier Waffengattungen in die Alleinherrschaft Pinochets überging. Cumplidos Kritik blieb deshalb folgenlos, war aber der Auftakt einer Serie kritischer Veröffentlichungen, die es den demokratisch eingestellten Lehrern schließlich ermöglichte, sich als Fraktion im Colegio de Profesores und eigenständig in der AGECH zu organisieren.

⁷⁰ F.Cumplido in: El Mercurio, Santiago, 27.08.1979

Teil III

3 Der Streit um den Bruch des Historischen Kompromisses im Erziehungswesen und dessen Einschätzung durch die betroffenen Akteure

3.1 Das Colegio de Profesores

Es fehlte nicht an Rechtfertigungen für die Maßnahmen der Militärregierung. Daß das Erziehungswesen reformbedürftig war, hatte schon die Regierung Frei (bis 1970) gewußt, und Allende hatte, wie erwähnt, eine Erziehungsreform vorbereitet. Die Art aber, in der die Militärregierung das Erziehungswesen reformierte, stieß auf breite, wenn auch unterschiedliche Kritik. Livia Videla von SUTE kritisiert die Reformen in historischer Perspektive, die hier beispielhaft für die gesamte Kritik stehen soll:

"Die Militärbehörden überschreiten zum ersten Mal die Mindesttoleranz, die es fast 50 Jahre lang zwischen Regierungen und Interessenvertretungen gegeben hat. Die Gewerkschaften werden verboten, ihre Güter eingezogen, hunderte von Gewerkschaftsführern werden aus den Schulen verbannt, andere gefangengenommen oder ins Exil gezwungen, und in tragischen Fällen ermordet oder zum Verschwinden gebracht."⁷¹

O.Verdugo vom Colegio de Profesores kritisiert, daß das von Pinochet versprochene "Eingehen auf die wirtschaftlichen Forderungen der Lehrer" nie umgesetzt wurde. Die Weiterbildungsmöglichkeiten seien zu einem lukrativen Geschäft für die weiterbildenden Institutionen geworden, und die Qualität des Unterrichts sei verloren gegangen.⁷² Auch die Erziehungskommission der Radikalen Partei schließt sich in ihrem Brief von 1989, den sie an den ersten demokratisch gewählten Präsidenten seit Pinochet, Patricio Aylwin, gerichtet hatte, der historischen Perspektive an:

"Nie zuvor mußten die Lehrer ihre Rechte unter so erniedrigenden Bedingungen ausüben. Ohne gesetzlichen Arbeitsschutz waren sie den dogmatischen und autoritären Kriterien der Schulrektoren und der Eigentümer der Erziehungseinrichtungen unterworfen (...)."⁷³

⁷¹ Eine Erhebung für die Zeit vom Oktober 1973 bis Februar 1974 zeigt, daß von einer Auswahl 1.296 Verhafteten 230 im Erziehungswesen beschäftigt waren (Ahumada u.a., a.a.O., S. 51).

⁷² O.Verdugo, Interview, 1992

⁷³ Brief der Radikalen Partei an Präsident P. Aylwin, Santiago, 1989, im Archiv des Colegio de Profesores

Der Zugang zu den Schulen, so die Kritik des Colegio de Profesores, sei vom Markt reguliert, und nie sei der Unterschied zwischen Schulen der Reichen und Schulen der Armen so deutlich gewesen. Häufig waren die Schulleiter keine Pädagogen. Selbst der ehemalige Minister unter der Militärregierung, Enrique Froemmel, erkennt an, daß sogar Analphabeten Besitzer von Erziehungseinrichtungen gewesen seien.⁷⁴

3.2 Gonzalo Vial und Enrique Froemmel, frühere Erziehungsminister des Militärregimes

Die Überlegungen der ehemaligen Erziehungsminister Vial und Froemmel erkennen implizit die Dialogtradition des chilenischen Erziehungswesen an, stehen aber im Widerspruch zur praktischen Politik beider. Vor allem Vial hatte sich trotz aller demokratischer Bekundungen bereit erklärt, die Politik des Bruchs auszuführen. Froemmel neigt demgegenüber eher zu reduktionistisch-pragmatischen Äußerungen; für ihn war die Erziehung in Chile nie ein großer sozialer Wert und die Maßnahmen der Militärregierung hatten keine großen Folgen.⁷⁵

Vial geht zunächst einmal davon aus, daß der weit in die Geschichte zurückreichende Erziehungskonflikt zwischen Kirche und Staat Ende des 19. Jahrhunderts zugunsten des Staates ausging. Vial beklagt den kommunistischen Einfluß, der sich von da an in den Schulen breitmachte. Der Erzieherstaat (Estado Docente) führte nach Vial zu Sektierertum und Bürokratie und förderte den Einfluß der Parteien. Unter der UP sei die "christliche und wissenschaftliche Ethik" der Erzieher verlorengegangen. Keiner chilenischen Regierung sei es gelungen, die Ziele einer Erziehung für Alle (educación masiva) und einer qualitativ guten Erziehung miteinander in Einklang zu bringen. Die Militärs standen nach Vial vor der Aufgabe, die Erziehung zu verbessern, nicht sie zu verringern. Wenn dies gelänge, werde Chile eine "ganz andere Gesellschaft" erhalten, die "die Grundwerte der chilenischen Identität" bewahre.⁷⁶

Froemmel hingegen hält die These vom Historischen Kompromiß für "spitzfindig". Die Erziehung, so Froemmel, habe in Chile nie den Wert gehabt wie etwa in den USA, und die Erziehungskonflikte während der Militärregierung seien ein Ausfluß der ideologischen Auseinandersetzung zwischen dieser Regierung und ihren Gegnern gewesen. Deshalb sei die

⁷⁴ E. Froemmel, Interview, 1992

⁷⁵ E. Froemmel, Interview, 1992

Frage der Erziehung zwar für die Lehrer von Bedeutung gewesen, nicht aber für die große Mehrheit der Bevölkerung.

3.3 Die katholische Kirche

Trotz der Säkularisierung des späten 19. Jahrhunderts hatte die katholische Kirche immer gewichtigen Einfluß auf das Erziehungswesen. Wie ausgeführt, gehörte sie zu denjenigen Kräften, die die geplante Erziehungsreform der UP scheitern ließen. Diese kritische Einstellung gegenüber der Erziehungspolitik der UP ermöglichte es der Kirche, die Eingriffe der Militärregierung auf diesem Gebiet zu kritisieren. Die chilenischen Bischöfe gaben 1983 eine Erklärung ab, in der sie sagten, daß die "Beachtung der Religionsfreiheit und der Freiheit des pädagogischen Denkens" sich streng an den Rahmen der allgemeinen Prinzipien der Regierung halte eine Formulierung, die auf die Übertragung makroökonomischer Vorgaben auf das Erziehungssystem zielt und implizit die Dialogtradition des chilenischen Erziehungswesen einklagt. Das Dokument kritisiert das über die Lehrer verhängte Assoziationsverbot. Entgegen der Beteuerung, in der Erziehung einen "christlichen Humanismus" walten zu lassen, habe die Militärregierung die Erziehung zur Ware gemacht.⁷⁷

3.4 Die Radikale Partei

Die Radikale Partei wurde 1863 gegründet und war seitdem die Partei der Mittelklasse. Sie war liberal ausgerichtet und vertrat die Trennung von Kirche und Staat und dementsprechend das Konzept einer säkularen Schule. Sie gehörte seit den sechziger Jahren zu den kleineren chilenischen Parteien, hat aber historischen Anteil an der Gestaltung des chilenischen Bildungswesens. Die Radikale Partei besteht trotz periodischer Schrumpfung bis heute.

1988 veröffentlichte die Parteiführung ein Dokument "Diagnose der Wirklichkeit des Erziehungswesens", in der sie ausführte, daß es der Militärregierung bei einigen ihrer Reformen nicht um eine Verbesserung des Erziehungswesens gegangen sei, sondern darum, die "Erziehungsstruktur mit der Wirtschaftspolitik der Regierung" in Einklang zu bringen. Die Privatisierung und Kommunalisierung habe ein "Verwaltungschaos" verursacht. Auch die Radikale Partei kritisiert, daß die Reformen der Militärregierung die höhere Bildung den

⁷⁶ G. Vial, Un siglo de educación chilena: 1879-1979, Conferencia en la Fundación Adolfo Ibáñez, Valparaíso, o.J.

⁷⁷ Episcopado chileno, Carta Pastoral: Reforma Educacional, Santiago, 1980

privilegierten Schichten vorbehalten.⁷⁸

3.5 Das Interdisziplinäre Projekt der Erziehungswissenschaften (PIIE)

Das Proyecto Interdisciplinario de Investigaciones Educativas (Interdisziplinäres Projekt der Erziehungswissenschaften, im Folgenden: PIIE) hat 1983 eine Studie mit dem Titel "Las Transformaciones Educativas Bajo el Regimen Militar" erstellt,⁷⁹ die an zentralen Stellen, wenn auch nicht ausdrücklich, meine These vom Historischen Kompromiß im chilenischen Erziehungswesen thematisiert. Iván Núñez nennt diese Studie in einem Gespräch mit mir "das vollständigste und erschöpfendste, das bis dahin in Chile" zu diesem Thema geschrieben worden sei.

Chile schloß, so die These der Studie, in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts einen "impliziten Gesellschaftsvertrag",⁸⁰ der dem Staat die Führungsrolle in der Entwicklung des Landes zuschrieb. Den Schulen und Universitäten sei dabei eine entscheidende Rolle zugekommen. Schulpflicht und Schulgeldfreiheit waren eine Errungenschaft vor allem für die Arbeiter, die dadurch sozial mobiler wurden (ganz anders, als es Froemmel vorträgt, erkannte die Bevölkerung die Bedeutung des Erziehungssystems). Die Studie merkt an, daß in dem Maß, in dem sich Chile ab den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts im Sinne demokratischer Teilhabe politisierte, die Dialogtradition ins Hintertreffen geraten sei. Dadurch sei ein anderes Extrem entstanden, nämlich ein konservativer Sektor, der diese Tradition hochgehalten, aber einer Elite vorbehalten habe, bis dann die Streitkräfte als neue Akteure aufgetreten seien.

⁷⁸ Brief der Radikalen Partei an Präsident P. Aylwin, Santiago, 1989

⁷⁹ Ramón I. Núñez, a.a.O., Santiago, 1984

⁸⁰ Ramon I. Núñez, a.a.O. S.42

Teil IV

4 Wahlen im Colegio de Profesores (Lehrerverband): Sieg der Opposition und soziale Mobilisierung

4.1 Allgemeine Vorgeschichte

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre hatte sich die neoliberale Wirtschaftspolitik des Militärregimes stabilisiert. Die makroökonomischen Daten waren so günstig, daß von einem *chilenischen Wirtschaftswunder* gesprochen wurde. Die Kehrseite dieser Entwicklung war die Verarmung etwa der Hälfte der Bevölkerung. Teile der Mittelklasse, darunter auch die Lehrer, waren sozial stark abgestiegen. Das im Erziehungswesen waltende Marktgesetz hatte dazu geführt, daß sich die Schulunternehmer häufig der staatlich festgesetzte Höchstgrenze von 45 Schülern pro Klasse näherten oder sie erreichten, um ein günstiges Verhältnis von staatlichen Subventionen und Lehrergehältern zu erreichen, ein Zustand, mit dem die Lehrer und Generationen von Schülerinnen und Schülern samt ihren Eltern unzufrieden waren. Der ehemalige Erziehungsminister A. Prieto sagte über Privatisierung, daß es „sich um ein gutes Geschäft“ gehandelt habe.⁸¹

1983 war das Jahr der ersten öffentlichen Proteste gegen die Militärs. Im Juli 1983 hatte es einen landesweiten Streik gegeben. In diesem Kontext kam den Vorstandswahlen innerhalb des Colegio de Profesores besondere Aufmerksamkeit und Bedeutung zu. Diejenigen Lehrer, die zum Colegio de Profesores und gleichermaßen zum SUTE gehörten, sahen im alten Vorstand des Colegio de Profesores die Vertreter einer officialistischen Minderheitsfraktion. In der Tat gab sich dieser Vorstand unpolitisch, verhehlte aber nie seine Sympathie für die Pinochetregierung.

Die Lehrer forderten freie Verbandswahlen. Die Regierung, die immer die Unabhängigkeit des Colegio de Profesores hervorgehoben hatte, hatte dieser Forderung wenig entgegenzusetzen. Sie hatte längst den endgültigen Sieg über den Marxismus verkündet; *hier bewegt sich kein Blatt ohne mein Wissen* hatte Pinochet gesagt. Die Eliten des Landes lebten

⁸¹ s. Interview mit A. Prieto in: Cosas Nr.109.4.12.1980. Ein kritische Studie über die Kommunalisierungsmodalität findet sich bei Carmen Luz Latorre, *Municipalización en la educación - una mirada desde los administradores del sistema*, Santiago, 1991, S.73-74. Zur Manipulierung der Listen der eingeschriebenen Schüler mit dem Ziel höhere staatliche Zuschüsse zu erhalten s. La Nacion 18.05.1985

bis hinab zu den einzelnen Schulleitern in der Erwartung, daß dieser Zustand ewig dauern würde, so O. Verdugo.

Nach einem ersten Versuch kontrollierter Wahlen 1984, an denen aber nur ein Drittel der Wahlberechtigten teilnahmen,⁸² rief der Präsident des Colegios zu freien Verbandswahlen auf. Diese Wendung war dem Druck der Mitgliedschaft, aber auch dem nicht ignorierbaren Oppositionskurs der Kirche im Bildungswesen geschuldet. Es waren die ersten freien Wahlen eines Berufsverbandes nach 12 Jahren, und das Interesse der Öffentlichkeit und besonders der gewerkschaftlichen und korporativistischen Gruppen (gremios) war groß. Gleichzeitig gab es Studentenproteste, und die Behörden zogen die Semesterferien zeitlich vor, um diese Proteste ins Leere laufen zu lassen. Regierungssprecher Francisco Cuadra sprach von "Lehrern, Studenten, der Kirche und Intellektuellen", die "unschuldige Teile der Gesellschaft" in eine "konzertierte Aktion der Christdemokratie und des internationalen Marxismus" hineinzögen.⁸³

4.2 Die besondere Lage

Im Januar 1985 empfing Erziehungsminister Horacio Aránguiz Vertreter der AGECH, um in der festgefahrenen politischen Situation dieser Zeit einen Dialog zu versuchen. Die Vertreter der AGECH legten ihm folgende konkrete Forderungen vor:

- Anpassung der Löhne
- Ende der Entlassungen
- Beendigung der Kommunalisierung

Am 29. März 1985, also kurz nach dem Beginn dieses Dialogs zwischen AGECH und Erziehungsministerium, wurde der Generalsekretär der AGECH, Manuel Guerrero, zusammen mit zwei anderen Oppositionspolitikern entführt und am nächsten Tag mit durchschnittlicher Kehle aufgefunden. Die AGECH rief zu einem nationalen Trauertag auf. Bald erwies sich, daß die Mörder in den Reihen der Streitkräften zu suchen waren, und der Oberkommandierende der Carabineros, General César Mendoza, mußte zurücktreten. Erst Monate später nahm die AGECH den Dialog mit einem neuen Erziehungsminister, Sergio Geate, wieder auf.

Die Christdemokratische Partei spielte in diesem Dialogprozeß eine vermittelnde Rolle. Das

⁸² E. Garriazo, Ultimas Noticias, Santiago .2.06.1984

⁸³ F. Cuadra, El Mercurio .29.11.1985

politische Ziel der meisten Oppositionsgruppen war eine "Nationale Übereinkunft", die die Militärregierung unter Verhandlungsdruck setzen und freie allgemeine Wahlen erreichen sollte.

Wie kam es zu derartigen Dialogstrategien nach dem Bruch mit der Dialogtradition, der 1973 eingetreten war? Die Protestbewegungen der achtziger Jahre hatten einen "neuen sozialen Konsens"⁸⁴ von unten geschaffen, der die Militärs zu einer politischen Antwort zwang. Die Pinochetregierung mußte bereits 1975 gegenüber der katholischen Kirche erste Zugeständnisse machen, und in den folgenden Jahren immer wieder auf den Druck der chilenischen Menschenrechtsbewegung, der Kritik an Menschenrechtsverletzung seitens des Auslandes und den Protesten gegen die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit eingehen, bis sie dann in der Verfassung von 1980 den so gefundenen Konsens institutionalisierte.⁸⁵ Unter den veränderten Bedingungen einer ökonomischen Weltmarktöffnung und einer Modernisierung von Staat und Gesellschaft stellte sich in einem widersprüchlichen Wechselspiel verschiedener politischer Akteure die Dialogtradition wieder her.

4.3 Die Wende bei den Verbandswahlen

Da der Vorstand des Colegio de Profesores das Vertrauen vieler der Verbandsmitglieder verloren hatte, sah er sich gezwungen zu Neuwahlen aufzurufen. Da es keine Garantie für saubere Wahlen gab, rief die vor allem aus Kreisen der AGECH stammende Opposition zum Wahlboykott auf. Tatsächlich blieben 67% der Lehrer den Urnen fern.⁸⁶

Die Christdemokraten und die Radikale Partei wollten das Colegio retten und demokratisieren, während die linken Parteien in ihm einen komplizenhaften Verbündeten der Diktatur sahen und an seinem Weiterbestehen nicht interessiert waren. Gruppierungen der Lehrer forderten den Vorstand zum Rücktritt auf. Der Vorstand seinerseits bot freie Wahlen auf der Grundlage eines Wahlkampfes an, in dem die einzelnen Listen über ihre Programme informieren konnten. Diese Wahlen fanden im Dezember 1985 statt.

⁸⁴ Rafael Rosenhöfer wendet sich gegen Analysen, nach denen sich Pinochet „einen Dreck ((...)) um den nationalen Konsens schert“ und zählt eine Reihe von Gelegenheiten auf, bei denen die Pinochetregierung sich mit der Opposition arrangieren mußte (R. Rosenhöfer, *Kehrt der Ungeist in die Flasche zurück?*, S. 16).

⁸⁵ Rosenhöfer, Rafael, a.a.O., S. 16

⁸⁶ E. Garriazo, *Ultimas Noticias* 02.06.1984

Die Verfassung von 1980 sah vor, daß die Militärregierung freie allgemeine Wahlen abzuhalten hätte, wenn sich zuvor die Mehrheit der Wahlberechtigten in einem Volksentscheid gegen die Fortdauer der Militärherrschaft ausgesprochen hätte. Auf diesem Hintergrund hatten die Wahlen im Colegio de Profesores strategische Bedeutung. Die officialistische Fraktion betonte in ihrem Wahlkampf den hohen Wert der Lehrertätigkeit für die Modernisierung des Landes. Weitere Wahllisten bestanden aus früheren, aber enttäuschten Anhängern der Militärregierung (die Unabhängigen) und aus Christdemokraten, Mitgliedern der Radikalen Partei und einem Teil der Sozialisten. Eine weitere Liste bestand aus Sozialisten und Kommunisten.

Im Januar 1986 gab das Colegio de Profesores die Ergebnisse bekannt. Die von den Christdemokraten geführte Liste hatte 46,87% erhalten, die der Linken 15,69%, die Unabhängigen 11,47% und die Officialisten 17,17%.⁸⁷ Der klare Sieg der Opposition, die zusammengenommen fast zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigte, hatte große symbolische Bedeutung für ganz Chile. Der Bruch, der nun zwischen Militärregierung und ziviler Gesellschaft sichtbar geworden war, hatte die weitere Folge, daß, wie Froemmel es ausdrückte, das Erziehungsministerium nun nicht mehr auf die von der Militärregierung geschaffene Lehrerorganisation hörte und die "Lehrer nicht mehr in der Lage waren, die Erziehungspolitik der Regierung zu legitimieren".⁸⁸

Der neue Präsident des Colegio de Profesores, Osvaldo Verdugo, vertrat das Konzept einer "teilhabenden Schule" (escuela participativa), die an einer "Minidemokratisierung" des Klassenzimmers ansetzte. Vom demokratischen Lehrer und seinen 45 Schülern sollte eine "Antithesis zum autoritären Modell" ausgehen.⁸⁹

⁸⁷ Die endgültigen Ergebnisse der Wahlen habe ich im Archiv des Colegio de profesores gefunden.

⁸⁸ E. Froemmel, Interview, 1992

⁸⁹ O. Verdugo, Interview, 1992,

Teil V

Schlußfolgerung

Die chilenische Geschichte ist seit der Unabhängigkeit von Spanien von einer für lateinamerikanische Verhältnisse ungewöhnlichen Dialogtradition gekennzeichnet. Die chilenischen Lehrer und ihre Organisationen spielten in dieser Dialogtradition eine besondere Rolle. Sie trugen zur Begründung dieser Tradition bei, waren ein bewußter Teil der Mittelschicht, der die Rolle der gesellschaftlichen Vermittlung zwischen den widerstreitenden Interessen des agro-industriellen Bürgertums und der Arbeiterbewegung zukam, und sie vertraten diesen Historischen Kompromiß in Schulen und Bildungszentren.

Die chilenische Verfassung von 1925 ist ein Beispiel für diese Dialogtradition. Sie ist das Ergebnis einer gelungenen Konsenssuche und etabliert diesen Konsens für fast ein halbes Jahrhundert. Die chilenische Lehrerorganisation hat eine wichtige Rolle bei der Formulierung dieser Verfassung gespielt. Durch die Verfassung wurde es möglich, daß viele gremialistische, gewerkschaftliche und kooperative Gruppierungen sich parteiförmig organisierten und ihre Partialinteressen gesamtgesellschaftlich einbrachten. Die Verfassung von 1925 wies dem Staat die Rolle zu, soziale Sicherheiten zu garantieren und die Entwicklung des Landes voranzutreiben. Besonders die allgemeine Schulpflicht gehörte zu diesen Neuerungen. Den Lehrern und ihren Organisationen kam durch ihre Beteiligung an der Verfassung und die Verbreiterung des Bildungswesens die Rolle eines gesellschaftlichen Subjektes zu. Sie waren im Sinne Gramscis "organische Intellektuelle".

Von 1925 bis zum Militärputsch von 1973 prägte die Mittelklasse die chilenische Gesellschaft. Die "Kultur der Mittelklasse" (G. Vial) wurde zur vorherrschenden Kultur. Die Lehrer waren in dieser Zeit Protagonisten der gesellschaftlichen Entwicklung und wurden zu gesellschaftlichen Vermittlern mit "anerkannten Fähigkeiten",⁹⁰ wenn es um die großen Erziehungsprobleme Chiles ging. Eine wichtige Etappe in diesem Prozeß war die Erziehungsreform von 1928. Die chilenischen Lehrer waren auf diese Aufgabe dadurch vorbereitet, daß sie den unterschiedlichsten philosophischen und politischen Strömungen (Agnostiker, Christen, Freimaurer und Marxisten) angehörten.

Seit der zweiten Hälfte der zwanzigsten Jahrhunderts gewann die marxistische Linke - vor allem die Sozialisten und Kommunisten, die seit den zwanziger Jahren im Parlament vertreten waren - unter den chilenischen Lehrern an Einfluß. Der Einfluß der bis dahin vorherrschenden Radikalen Partei schwand, und an deren Stelle trat die christdemokratische Partei.

In dieser Situation entstand die Lehrgewerkschaft SUTE. Die SUTE setzte sich für eine neue Erziehungsreform ein, in deren Zentrum das Konzept einer "Nationalen Einheitsschule" (Escuela Nacional Unificada, ENU) stand. Neben einer besseren Vermittlung von Theorie und Praxis sollte diese Schule den "neuen Menschen" in einer sozialistischen Gesellschaft schaffen. Die Kampagne für die ENU traf auf den geeinten Widerstand der katholischen Kirche und der rechten Parteien und Organisationen Chiles. Der sozialistische Präsident Allende, der in der Tradition konsensualer Vermittlung stand, gab unter diesem Druck das Reformprojekt auf.

Der Militärputsch von 1973 brach mit der chilenische Dialogtradition. Die Lehrer verloren unter Pinochet fast alles, was sie bis dahin erreicht hatten, vor allem aber die Möglichkeit, an Entscheidungen in Fragen der Erziehungspolitik teilzunehmen. Namhafte Wissenschaftler und viele qualifizierte Lehrer wurden aus politischen Gründen entlassen, wenn nicht gar verhaftet oder ins Exil gezwungen. Die Schulen wurden privatisiert oder in kommunale Trägerschaft überführt. Die pädagogischen Hochschulen wurden in die Universitäten integriert, ein Schritt, der auf gespaltene Resonanz stieß. Ein Teil der Lehrer sah darin eine Aufwertung des Erzieherberufs, andere hingegen die Zerstörung des traditionellen Ausbildungswesens der Lehrerschaft.

Die Militärregierung löste den SUTE auf und ersetzte ihn durch das Colegio de Profesores, das auf der Seite der Militärs stand. Ein von der Regierung erlassenes Anstellungsstatut verschlechterte mittelfristig die Situation der Lehrer. Sie waren durch diesen Statut und durch die Privatisierung und Kommunalisierung nun nicht mehr dem Erziehungsministerium, sondern oft nichtpädagogischen Chefs wie Bürgermeistern und privaten Schulträgern und -unternehmern zugeordnet, die sich oft wie "kleine Diktatoren" (Schulak) benahmen.

⁹⁰ Episcopado chileno, Reforma educacional, Julio, 1981, S. 371

Inmitten einer Periode völliger gesellschaftlicher Immobilität, die nach dem gewaltsamen Putsch eingetreten war, bildeten sich erste Oppositionsgruppen innerhalb des Colegio de Profesores und, alternativ dazu, die Lehrgewerkschaft AGECH (Asociación Gremial de Educadores de Chile). Die Wahlen zum Colegio de Profesores 1985 und die Opposition der AGECH spielten eine wesentliche Rolle bei der breiten Opposition gegen das Militärregime, die 1983 begann. Die chilenischen Lehrer und ihre Organisationen waren neben der Menschenrechtsbewegung diejenige Gruppierung, die den Minderheitenkonsens der Pinochetregierung, der aus dem negativen Konsens der militärischen Elite hervorgegangen war, in einer Weise herausforderte, die die Streitkräfte zwang, in eine Dialogpolitik einzutreten, die schließlich zum Übergang zur Demokratie (transición) führte.

Abkürzungsverzeichnis

AGECH: Asociación Gremial de Educadores de Chile

AGP: Asociación General de Profesores

CIDE: Centro de Investigación y desarrollo de la Educación

CPU: Corporación de Promoción Universitaria

CUT: Central Unica de Trabajadores

DINA: Dirección de Inteligencia Nacional

ENU. Escuela Nacional Unificada

FEDECH: Federación de Educadores de Chile

FLACSO: Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales

PIIE : Proyecto Interdisciplinario de Investigacioens Educativas

STGO: Santiago

SUTE: Sindicato Unico de Trabajadores de la Educación

UPCH: Unión de Profesores de Chile

UP: Unidad Popular

Bibliographie der gesamten Arbeit

Ahumada, Eugenio; Atria, Rodrigo; Egaña, Javier; Góngora, Augusto, Quesney, Carmen; Sabal, Gustavo; Villalobos, Gustavo: Chile: la memoria prohibida, Bd. II, Santiago 1989

Allende, Salvador; Partido Demócratacristiano: Estatuto de garantías constitucionales, Santiago, 1970

Andino, Ramón; Paredes, Eduardo: Breve Historia de los partidos políticos en Argentina, Buenos Aires, 1974

Atria, Raúl; Tagle, Matías; Barros, Luis; Lemaitre, María; Vergara, Ximena : Estado y Política en Chile: Ensayo sobre las bases sociales del desarrollo político chileno, Hrsg.: Corporación de Promoción Universitaria (CPU) Santiago, 1991

Atria, Raúl Reflexiones sobre Estado y sociedad, Hrsg.: CPU, Santiago, 1991

Aylwin, Mariana; Bascuñán, Carlos; Carrera, Sofía; Gazmuri, Cristián: Chile en el Siglo XX, Santiago, o.J.

Bowen, James; Hobson Peter: Teoría de la educación, México, 1979

Barrios, Marciano: La Iglesia en Chile, Santiago, 1987

Bazan Armando, Mariátegui y su tiempo, Lima, o.J.

Bascuñán, Carlos: La Estrategia Política para la Formación de Frentes Populares, Hrsg.: CPU, Nr. 33, Santiago, 1982

Bascuñán Carlos: Un modelo autoritario para la universidad, Hrsg.: CPU Santiago, 1988

Boeninger, Edgardo: 10 años de Régimen militar, Hrsg.: CPU, Heft Nr.42 von Estudios Sociales, Santiago, 1984

Bravlavsky, Cecilia; Cuhne, Luis; Filgueira, Carlos: Educación en la transición a la democracia en los casos de Argentina, Brasil y Uruguay, Santiago, 1989

Briones, Guillermo: Las Universidades chilenas en el modelo neoliberal, Santiago, 1985

Brunner, José Joaquín: Modelo Cultural y Universidad en el Autoritarismo, Araucaria Nr. 14, Madrid 1978

Brunner, José Joaquín. : La Reforma de las Universidades Chilenas: Implicaciones intelectuales, Hrsg.: Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO) Santiago, 1988

Brunner, José Joaquín; Barrrios, Alicia; Catalán Carlos: Transformaciones culturales y modernidad, Hrsg.: Flacso, Santiago, 1989

Buci-Glucksmann, Christine: Gramsci y el Estado, Madrid, 1978

Cabezón, Eduardo: Fundamentos filosóficos de la política educacional, Revista Mapocho Nr. 26, Santiago, 1978

Castro, Eduardo: Análisis crítico de la reforma en la educación media, Hrsg.: PIIIE, Santiago, o.J.

Castro, Pedro: La educación en Chile de Frei a Pinochet, Salamanca, 1977

Cleary, Patricio: El desmantelamiento de la educación, Araucaria Nr. 14, Madrid, 1981

Confederación americana del Magisterio: Resoluciones del cuarto congreso de maestros, Santiago, 1943

Constitución Política de Chile, con las modificaciones aprobadas en el plebiscito del 30 de julio de 1989 y las efectuadas por la ley 19.055 del 30.04.1991

Corporación de Promoción Universitaria (CPU), Hrsg.: Juan Gómez Millas: El legado de un humanista, Santiago, 1988

Cox, Cristián: Sistema político y educación. Medidas propuestas y silencios, Hrsg.: Centro de Investigación y Desarrollo de la Educación (CIDE) Santiago, 1989

Cox, Cristián: Políticas educacionales y principios culturales en Chile 1965-85, Hrsg.: CIDE, Santiago, 1986

Cox, Cristián: Políticas de Educación Superior, categorías para su análisis (documento de trabajo), Hrsg.: Flacso, Santiago, 1990

Cox, Cristián: Sociedad y conocimiento en los años 90 - Apuntes para una agenda sobre currículo del sistema escolar, Hrsg.: Flacso, Santiago, 1991

Cox, Cristián: Hacia la elaboración de consensos en política educacional - Actas de una discusión, Santiago, Hrsg.: CIDE, 1985

Cox, Cristián, Brunner José. J.; Garrido, Oscar; Izquierdo, Luis; Levy, Daniel; Maturana, Humberto; Scherz, Luis: Formas de gobierno en la educación superior: Nuevas perspectivas, Hrsg.: Flacso, Santiago, 1990

Cox, Cristian; Gysilin, Jacqueline: La formación del profesorado en Chile (1842-1987) Hrsg.: CIDE, Santiago, 1990

Chaparro, Patricio: Los actores sociales y políticos y el quiebre del sistema político democrático chileno, Hrsg.: CPU, Estudios Sociales Nr. 37, 1983

De Pujadas, Gabriel: Calidad de la educación - Los nuevos educadores, Hrsg.: CPU, Santiago, 1991.

De Pujadas, Gabriel: Aportes metodológicos para el análisis de los sistemas educativos, Hrsg.: CPU, Estudios Sociales Nr.30, 1981

Echeverría, Mónica: Clotario Blest: Antihistoria de un luchador, Santiago, 1993

Echeverría, Rafael: Política educacional y transformación del sistema educacional en Chile a partir de 1973, Hrsg.: Revista mexicana de Sociología, México, Julio, 1983

Echeverria, Rafael: Evolución de la matrícula en Chile, Hrsg.: PIIE, Santiago, 1982

Episcopado chileno: La reforma educacional, Hrsg: Mensaje Nr. 300, Santiago, 1981

Federacion de Estudiantes de la Univeridad Católica: ENU - el control de las consciencias, Santiago, 1973

Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten, Hamburg, 1985

Fuenzalida, Valerio: Televisión Pobreza y desarrollo, Hrsg.: CPU, Santiago 1991

Gamarra, Juan: La reforma universitaria: el movimiento de los años 20 en Perú, Lima, 1987

García Huidobro, Juan: Exoneraciones de profesores, Mensaje Nr. 358, Santiago, 1987

García, Rigoberto: Economía y política durante el gobierno militar en Chile 1973-87, México, 1989

García Huidobro, Juan; Zuñiga, Luis: Qué pueden esperar los pobres de la educación? Hrsg.: CIDE, Santiago, 1990

González Moya, Carlos: Nuevo estatuto docente (ley 19.070) Santiago, 1991

Grossi, María: La educación chilena en la prensa de 1980, 1983 y 1985, Hrsg.: CIDE, Santiago, 1985

Guerra J.: La Constitución de 1925, Santiago, 1929

Guerra Sergio; Prieto, Alberto; Díaz Omar: Crónicas latinoamericanas, Hrsg.: Casa de las Américas, La Habana, 1977

Guía de ingreso a los Colegios particulares 1992, Hrsg.: Santa Ana, Santiago, 1992

Hevia, Ricardo: La descentralización educacional, Santiago, o.J.

Hevia, RicardoM; Beca, Carlos: Los despidos de los profesores y la crisis de la educación chilena, Hrsg.: Mensaje Nr. 358, 1987

Instituto de cooperación iberoamericana: La reforma educacional en las transiciones democráticas, Hrsg.:PIIE, Santiago, 1990

Hales, Alejandro: A propósito del golpe, Análisis, Santiago, 12.08.1990

Herrera, Mercedes; Larrain, Rodrigo: Hipótesis mínimas sobre el futuro de la educación privada en Chile, Hrsg.: CPU, Estudios Sociales Nr. 59, 1988

Hunneus, Carlos: La reforma universitaria 20 años después, Hrsg.: CPU, Santiago, 1988

Huerta, María Antonieta; Pacheco Pastene, Luis: La iglesia chilena y los cambios sociopolíticos, Santiago, 1988

Jobet, Julio César: Doctrina y praxis de los educadores representativos chilenos, Santiago, 1970

Latorre, Carmen: Funcionamiento de la educación en Chile - evaluación histórica y alternativas futuras, Hrsg.: PIIE, Santiago, o.J.

Latorre, Carmen; González, Luis; Núñez, Iván; Hevia, Ricardo: La municipalización de la educación - una mirada desde los administradores

del sistema, Hrsg.: PIIE, Santiago, 1991

Lehman, Carla; Desormeaux, Jorge; Hachette, Dominique; Koljatic, Matko; Sanfuentes, Andrés: El financiamiento de la educación superior: Antecedentes y desafíos, Santiago, 1990

Mac Brigde, Georg: Chile y su gente, Hrsg.: Instituto de Capacitación e Investigaciones de la Reforma Agraria (ICIRA), Santiago, 1973

Mac Nin, Noele; Schiefelbein, Ernesto: La prensa y la reforma educativa en Chile 1965-70, Hrsg.: Centro de Estudios Educativos, Mexico, 1975

Magendzo, Abraham: El control autoritario expresado en las circulares del Ministerio de Educación, Hrsg.: PIIE, Santiago, 1982

Magendzo, Abraham; Egaña, Loreto: Descentralización del sistema educativo chileno bajo el gobierno militar, regionalización y municipalización, Hrsg.: PIIE, Santiago, 1988

Manacorde, Mario: El principio educativo en Gramsci, Salamanca, 1977

Mariátegui, J.C.: La escena contemporánea: la política socialista en Italia, Lima, 1925

Mariátegui, J.C.: Temas de educación, Lima, 1970

Mariátegui, J.C.: Sieben Versuche die peruanische Realität zu verstehen, Mit einer Einleitung von Kuno Füssel und einem Nachwort von Wolfgang Fritz Haug, Berlin 1986

Martinelli, Anunciada: Declaración de principios de la Confederación Americana del Magisterio, Santiago, o.J.

Ministerio de Educación: Estadísticas educacionales, Santiago, 1988

Ministerio de Educación : Principios educacionales del gobierno de Chile/ Santiago, 1975

Mires, Fernando: Die Indios und das Land - oder: Wie Mariátegui die Revolution in Peru begriff, in: Lateinamerika: Analysen und Berichte, Bd.3, Verelendungsprozesse und Widerstandsformen, Hrsg.: V. Bennholdt-Thomsen, Berlin 1979

Moreno, Ernesto; Ramirez, Rodolfo: Las organizaciones sindicales y el contexto autoritario, Hrsg.: CPU, Estudios Sociales Nr.40, Santiago, 1984

Munizaga, Giselle: El discurso público de Pinochet 1973-76, Hrsg.: CLACSO, Santiago, 1983

Müller, Jürgen: Nationalsozialismus in Lateinamerika: Die Auslandsorganisation der NSDAP in Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko, 1931-45, Historiamerica Bd. 3, Stuttgart 1997

Nazar, Víctor: El ingreso a la Universidad de Chile y a las carreras de pedagogía en 1978, Hrsg.: CPU, Santiago, 1978

Nohl, Herman: Teoría de la educación, Buenos Aires, 1948

Núñez Prieto, Ramón Iván (=Núñez, Iván): Las transformaciones educacionales bajo el régimen militar, Bde. 1 und 2, Santiago, 1984

Núñez Iván: Cambios en la situación del magisterio, Hrsg.: PIIE, Santiago, 1982

Núñez, Iván: Las organizaciones del magisterio chileno y el estado de compromiso 1936- 73, Hrsg.: PIIE, Santiago 1982

Núñez, Iván: El magisterio chileno: sus primeras organizaciones gremiales, Hrsg.: PIIE, Santiago, 1982

Núñez, Iván: Las organizaciones de los docentes en las políticas y problemas de la educación, Hrsg.: Unesco, Santiago, 1990

Núñez, Iván: El trabajo docente: dos propuestas históricas, Hrsg.: PIIE Santiago, 1987

Núñez, Iván: Reforma educacional e identidad de los docentes, Serie histórica, ohne Nr., Hrsg.: PIIE, Santiago, 1990

Núñez, Iván: Historia del trabajo docente y formación del profesorado en Chile, Hrsg.: PIIE, Santiago, 1989

Núñez, Iván: Educación popular y movimiento obrero - un estudio histórico, Hrsg.: PIIE, Santiago, 1982

Núñez, Iván: Notas sobre educación y Fuerzas Armadas, Hrsg.: PIIE, Santiago, 1983

Núñez, Iván: La descentralización y la reforma educacional en Chile 1940-78, serie histórica Nr. 2, Hrsg.: PIIE, Santiago, 1989

Núñez, Iván; Casanga, Roberto: Informe sobre Escuela Nacional

Unificada, Hrsg.: Ministerio de Educación, Santiago, 1972

Palomo, Francisco: La normalización fascista del sistema educacional, Hrsg.: Araucaria Nr. 15, Madrid, 1981

PIIE: Ruptura y construcción de consensos en la educación chilena, Hrsg.: PIIE, Santiago, 1988

Pinochet, Augusto: Mensaje del excelentísimo Sr. presidente de la Junta del Gobierno a los educadores de Chile, Hrsg.: Revista de Educación Nr. 47, 1974

Pinochet, Augusto: Discurso, directiva presidencial de educación, 1979

Pinochet Augusto: Patria y Democracia, Santiago, 1983

Pinochet, Augusto: Visión futura de Chile, Santiago, 1979

Pinto F.: La masonería: su influencia en Chile, Santiago, 1966

Portantiero, Juan Carlos: Los usos de Gramsci, México, 1977

Pozo, Hernán: La reforma del régimen municipal propuesta por el gobierno (documento de trabajo) Hrsg.: Flacso, Santiago, 1990

Prats, Carlos: Memorias, Santiago, 1985

Ramírez Necochea, Hernán: Universidad chilena: democracia y fascismo, Araucaria Nr. 3, Madrid, 1978

Reyes, Regina: La educación básica en Chile, carácter manipulador en planes y programas de estudio, Araucaria Nr. 23, Madrid, 1983

Rosanda, Rosana; Vásquez, Manuel; Santuci, Antonio; Gerratana, Valentín; Fernández, Francisco: El socialismo humano de Gramsci, Hrsg.: El País, Madrid, 24.01.1991

Sanfuentes, Andrés: Desarrollo de las universidades privadas en Chile 1981-88, Mensaje Nr. 358, Santiago, 1987

Schiefelbein, Ernesto; Magninn, Noel: La prensa y la reforma educativa en Chile 1965-70, Revista del centro de estudios educacionales, México, 1975

Schwarz, Simone : Chile in Schatten faschichtischen Bewegungen europäischer u. chilenischer Strömungen in der 30 bis 70 Jahre, Ffm, 1997-

Sociedad Nacional de Profesores (SONAP): Resoluciones de la sexta convención nacional, Santiago, 1967

Soto, Francisco: Fascismo y Opus Dei en Chile, Barcelona, 1976

Suarez, Waldo; Núñez, Iván; Videla, Lautaro; Peralta, Jorge: Perspectiva de estructura y funcionamiento de la educación chilena/, Santiago, o.J.

Subercaseux, Bernardo: Visión de Estados Unidos y América en la elite liberal 1860-70, Araucaria Nr. 11, Madrid, 1980

Superintendencia de educación pública: Informe ENU, Ministerio de Educación Pública, Santiago, 1972

Tagle, Matías: Notas sobre la configuración del Estado en Chile, Hrsg.: CPU, Santiago, 1983

Tedesco, Juan Carlos: El rol del Estado en la educación, Hrsg.: Unesco, Santiago, o.J.

Traverso, Alejandro: Conclusiones generales de evaluación y programación de la IV Conferencia de AGECH en Talagante, Febrero, 1986, hektographiert

Troncosos, Victor: La educación fundamental y lo fundamental en la educación, Santiago, 1956

Universidad Técnica del Estado: Programa electoral de la Unidad Popular, Santiago, 1970

Valenzuela, Arturo: El quiebre de la democracia en Chile, Hrsg.: Flacso, Santiago, 1989

Vera, Hernán: Evolución histórica de los intentos de descentralización de la educación en Chile, Hrsg.: CPU. 1984

Vera, Oscar: Educación y democracia, Santiago, 1985

Vera, Rodrigo; Núñez Iván: Organización de docentes y políticas educativas y de perfeccionamiento, Hrsg.:PIIE, Santiago, 1988

Vial Correa, Gonzalo: Un siglo de educación chilena 1879-1973, Conferencia en la fundación Adolfo Ibáñez, Valparaíso, o.J.

Vidigial, Fabio; Da Silveira, Xavier: Frei el Kerensky chileno. Hrsg.:

Comité de jóvenes ecuatorianos pro civilización cristiana, Quito, 1967

Vitale, Luis: Interpretación marxista de Chile: de semicolonía inglesa a semicolonía norteamericana, Barcelona, 1980

Zeitungen

El Mercurio, Santiago de Chile

La Nación, Santiago de Chile

La Segunda, Santiago de Chile

La Tercera de la Hora, Santiago de Chile

Las Últimas Noticias, Santiago de Chile

Zeitschriften

Análisis, Santiago de Chile

Cosas, Santiago de Chile

Chile América, Hrsg.: Centro de estudios y documentación, Rom

El Pizarrón, Santiago de Chile

EPD-Entwicklungspolitik, Frankfurt am Main

Ercilla, Santiago de Chile

Hoy, Santiago de Chile

Inprekorr (internationale Presse Korrespondenz), Frankfurt am Main, 1986.

Mensaje, Santiago de Chile

Qué Pasa, Santiago de Chile

Signos, publicación de la Asociación Gremial de Educadores de Chile (Agech)

Interviewpartner

Frommel, Enrique: ehemaliger Erziehungsminister der Militärregierung

Monsalve, Veronica: Vorstandsmitglied des Colegio de Profesores (gewählt)

Pavez, Jorge: Vorstandsmitglied des Colegio de Profesores (gewählt), President der Asociación Gremial de profesores (AGECH)

Schulak, Pedro : Vorstandsmitglied des Colegio de Profesores (gewählt)

Valladares, Julio: Vorstandsmitglied des Colegio de profesores (gewählt)

Verdugo, Osvaldo: Präsident des Colegio de Profesores (gewählt)

Videla, Livia: Generalsekretärin des Sindicato Unico de Trabajadores de la Educación (SUTE)

Erklärung zur Dissertation

Cofré, Omar Antonio

Frankfurt, 15. Januar 1998

Hiermit erkläre ich, daß ich die Dissertation über das Thema „La desarticulación del gremio de maestros en Chile bajo el régimen militar (1973-89) y los factores que determinaron el quiebre del Compromiso Histórico en el ámbito educacional“ selbständig verfaßt und alle in Anspruch genommenen Hilfsmittel in der Dissertation angegeben habe.

.....

(Omar Antonio Cofré)

Danksagung

In erster Linie bedanke ich mich bei dem von mir befragten Vertretern der Lehrgewerkschaft für das Vertrauen, das sie mir entgegen gebracht haben, ganz besonders Livia Videla, Osvaldo Verdugo und Jorge Pavez. Ebenfalls Dank an Dieter Maier für seine kritischen Reflexionen und die ausdauernden Unterstützungen bei der Korrektur der deutschen Fassung. Besonderen Dank gilt auch Loreto Villela für ihre Unterstützung bei der technischen Ausstattung und nicht zuletzt meiner Frau Gisela für ihre Geduld und wertvollen Anregungen.